

argumente*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

* *Rechtsextremismus
in Deutschland*

Vorwort



Rechtsextremismus und rechte Gewalt sind in Deutschland keine Randerscheinungen.

Rechtsextreme Einstellungen sind in allen gesellschaftlichen Gruppen verankert, verletzen die sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität und bedrohen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus in all seinen Ausprägungen – Neonazismus, Rassismus, und Antisemitismus – ist uns ein zentrales Anliegen. Wir setzen uns konsequent für Demokratie und Toleranz ein und begegnen dem vielschichtigen Phänomen mittels eines mehrdimensionalen Ansatzes, der sowohl präventive als auch repressive Elemente beinhaltet.

Ziel dabei ist die Stärkung einer demokratischen Kultur und des zivilgesellschaftlichen Engagements sowie die Förderung von Toleranz und Empathie vor allem bei jungen Menschen in strukturschwachen Regionen.

Gerade in diesen Regionen ist es der Neonaziszene gelungen, über den Vertrieb von Hassmusik und rechtsaffinen Kleidungsmarken oder Nazi-Konzerten eine führende Position im soziokulturellen Bereich aufzubauen. Das dadurch geschaffene Netzwerk und dessen Aktivität haben zu einer verstärkten Präsenz der extremen Rechten im Alltag geführt, die sich vor allem um die Rekrutierung von Kindern und Jugendlichen bemüht. Diese findet verstärkt im Internet und in den sozialen Netzwerken statt.

Demokratie ist nicht wehrlos, und gewalttätige Nationalisten und menschenfeindliche Ideologen dürfen friedliches Zusammenleben in Deutschland nicht stören. Deshalb setzen wir uns entschieden dafür ein, dass die begonnenen Projekte gegen Rechts dauerhaft fortgeführt und verlässlich finanziert werden.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ist für uns eine gesamtgesellschaftliche, gesamtstaatliche und alle Generationen betreffende Aufgabe. Wir wollen das Engagement für Demokratie und Toleranz nachhaltig und kontinuierlich unterstützen. Dabei setzen wir bewusst auf die Vielfalt der Aktivitäten und Initiativen vor Ort. Die SPD-Bundestagsfraktion wird die Bundesprogramme für den Kampf gegen Rechts verstetigen, um so die notwendige Arbeit der zahlreichen zivilgesellschaftlichen Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus zu sichern. Die Stärkung der Demokratie und der engagierten Demokratinnen und Demokraten ist der beste Verfassungsschutz.

Staat und Gesellschaft müssen ein klares Zeichen setzen: Rechtsextreme, Rassisten und verfassungsfeindliche Parteien haben in einem demokratischen Deutschland keinen Platz.

Sönke Rix, MdB

Sprecher der Arbeitsgruppe

„Strategien gegen Rechtsextremismus“ der SPD-Bundestagsfraktion

Impressum

HERAUSGEBERIN:

SPD-BUNDESTAGSFRAKTION
PETRA ERNSTBERGER MDB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN
PLATZ DER REPUBLIK 1
11011 BERLIN

BEZUGSADRESSE:

SPD-BUNDESTAGSFRAKTION
ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
PLATZ DER REPUBLIK 1
11011 BERLIN
ODER UNTER
WWW.SPDFRAKTION.DE

KONZEPTION:

BLICK NACH RECHTS, BNR.DE (INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSEXTREME AKTIVITÄTEN)

REDAKTION:

GABRIELE NANDLINGER (BNR.DE), STEPHAN BORGHORST, ANNE HAWXWELL, ANJA LINNEKUGEL, HELMUT LÖLHÖFFEL,
STEFAN UECKER

AUTOREN:

RAINER ROESER, TOMAS SAGER, ANDREA RÖPKE, ANTON MAEGERLE

FOTOS/GRAFIKEN:

OTTO BELINA (S. 11, 19, 20, 22, 25, 27, 30, 33, 34, 42, 49), PICTURE-ALLIANCE/DPA (S. 8, 41), THEO SCHNEIDER (S. 16),
SPD-BUNDESTAGSFRAKTION (S. 3), KLAUS VHYNALEK (TITEL), SUSANNE VOORWINDEN (S. 13, 14)

JANUAR 2013

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIEN AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION.
SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

Inhalt

06	Einleitung
07	Terror-Trio NSU
09	40 Jahre Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik
13	Rechtsextreme Gewalt: Daten und Fakten
15	Hass auf Demokraten
17	Das Rechtsaußen-Spektrum
17	NPD als parlamentarischer Arm
21	Kameradschaften/Autonome Nationalisten
23	Neue Partei: „Die Rechte“
24	Feldzug gegen den Islam: Die „Pro-Bewegung“
26	Weitere rechtspopulistische Parteien und Gruppen
28	Kampagnen im Netz
32	Propaganda mit Musik
37	Die Erkennungszeichen der Neonazis
40	Fußball als Aktionsfeld
41	Stadionverbote gegen „rechte Fouls“
44	Wirksam handeln gegen Rechts
44	Auf allen Ebenen vorbeugen und aufklären
44	Die demokratische Zivilgesellschaft stärken
45	Politik und Staat müssen Initiative ergreifen
46	Den Verfassungsschutz fit für Demokratie machen
47	Ja zum NPD-Verbot
50	Wo kann ich mich informieren, wo finde ich Hilfe?
50	Informationen
51	Beratung
52	Initiativen
53	Lesetipps

Aufmerksam und wachsam bleiben

Jedesmal, wenn sich nach rechtsextremer Gewalt der erste Schreck und die spontane Wut, die Empörung der Politik und die Erregung der Medien gelegt haben, wendet sich der kurzzeitige Blick nach Rechts rasch wieder anderen Themen zu. Das war so nach dem Ausländerpogrom von Rostock-Lichtenhagen 1992, das war so nach dem Brandanschlag von Solingen 1993, und auch danach war es immer wieder so.

Jedesmal hieß es beschwichtigend: ein Einzelfall, ein Einzeltäter. Die stetige Bedrohung der Demokratie durch Rechtsextremismus wurde verkannt, heruntergespielt, verharmlost, vernachlässigt. Jahrelang.

2011/2012 war es anders. Seit sich herausstellte, dass es eine von den Behörden des Staates nicht wahrgenommene rechte Terrorzelle gegeben hat, wendete sich die Aufmerksamkeit. Das Entsetzen über die zehn Morde des NSU ist ebenso groß wie das Erschrecken über unglaubliches Fehlverhalten von Polizeibehörden, Kriminalämtern und Verfassungsschutz. Es scheint so, dass jetzt ernsthafter als zuvor erkannt worden

ist: Fremdenfeindliches, rassistisches, antisemitisches und gegen Minderheiten gerichtetes Gedankengut ist antidemokratisch und antiparlamentarisch.

»Die demokratischen Kräfte müssen dafür sorgen, dass in diesem Land Fremdenhass und Rassismus, ganz gleich, ob sie mit Bügelfalten oder Springerstiefeln daherkommen, nie wieder eine Chance haben und dass wir diesen braunen Sumpf in diesem Lande endlich austrocknen!«

Dr. Frank-Walter Steinmeier, MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Um diese wachsende Einsicht überall zu verankern und breitflächig zu verfestigen, müssen alle bislang unterbewerteten, missachteten und verworfenen Ideen aufgegriffen und umgesetzt werden. Dazu gehört, endlich denen zuzuhören, die seit langem gegen Rechts aktiv sind. Vor allem den zahlreichen lokalen, regionalen und

bundesweiten Initiativen und Zusammenschlüssen. Dazu gehören beispielsweise die Aktion Zivilcourage aus Pirna, die Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus, die Amadeu-Antonio-Stiftung, das Bündnis Dresden nazifrei, die Bundeszentrale für politische Bildung, das Portal Endstation rechts, der Verein Gesicht zeigen! oder der Informationsdienst Blick nach rechts bnr.de.

In dieser Broschüre sind jahrelang gesammelte Kenntnisse über Methoden und Strategien der Rechtsextremen aller Schattierungen zusammengestellt. Die Beiträge ergeben in ihrer Dichte ein aktuelles Bild von deren Umtrieben und Handlungsfeldern. Sichtbar wird, wie sie – zunächst gewaltlos – in die Jugendszene eindringen: mit Musik, über das Internet, in Sportvereinen. Gezeigt wird, woran sie zu erkennen sind und wo sie sich schon fest eingenistet haben. Offensichtlich wird auch, wie alltägliche rechte Gewalt zunimmt und in Terrorismus umschlägt.

Nachlesbar sind die Positionen der SPD, einer Partei, die seit Beginn ihres Bestehens vor 150 Jahren von den Rechten verfolgt wurde. In der laufenden Wahlperiode des Deutschen Bundestags hat die SPD-Fraktion eine Reihe parlamentarischer Initiativen eingebracht, die darauf abzielen, den Rechtsextremismus zu entwurzeln und verdrängen.

Dem Staat kann diese Aufgabe allerdings nur dann gelingen, wenn seine Bürgerinnen und Bürger dem Rechtsextremismus demokratische Wertevorstellungen entgegensetzen. Für alle, die dabei mithelfen wollen, bietet diese Schrift handfeste Informationsgrundlagen. Ein wachsamer Blick nach rechts ist der beste Verfassungsschutz.

Terror-Trio NSU

Ein Schock erfasste Anfang November 2011 die gesamte Republik. Mehr durch Zufall wurde aufgedeckt, dass fanatische Rechtsterroristen fast 14 Jahre unentdeckt und unbehelligt in Sachsen leben konnten. Während dieser Zeit ermordete das Rechtsterror-Trio nach einem eiskalten Plan neun Menschen aus mutmaßlich purem Rassenhass, killte brutal eine Polizistin und versuchte auch deren Kollegen zu erschießen, verletzte u. a. mit einem Bombenanschlag mit zehn Zentimeter langen Nägeln 22 Personen absichtlich besonders schwer, verübte 15 Banküberfälle mit zahlreichen Verletzten.

„Das waren ganz nette, sehr sympathische, höfliche Leute“, erzählt die Apothekerin aus Niedersachsen über ihre Urlaubsbekanntschaft mit „Liese“, „Max“ und „Gerry“ aus Zwickau. 2009 stand deren Wohnmobil nahe ihrer Ferienunterkunft auf einem Campingplatz der Ostseeinsel Fehmarn. Auch andere Familien gesellten sich hinzu. Man hatte viel Spaß zusammen.

Inzwischen sind die beiden Männer aus Sachsen, die einige für Zwillinge hielten, tot. Erschossen in einem Wohnmobil in Eisenach am 4. November 2011. Zuvor hatten sie eine Sparkasse der thüringischen Stadt ausgeraubt und sich mit zahlreichen Waffen in dem Wagen verschanzt. Ihre Namen: Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt. „Liese“ alias Beate Zschäpe muss sich als einzige Überlebende des Trios unter anderem wegen Mordes, versuchten Mordes, und schwerer Brandstiftung verantworten. Weder Urlaubsfreunde noch Anwohner ahnten etwas vom Doppelleben der drei, manche hatten sich gewundert, aber nicht nachgefragt.

Die Schüsse in Eisenach beendeten den blutigen Weg des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU), einer rechtsextremen Terrorgruppe, die fast 14 Jahre lang ungestört im Verborgenen agieren konnte und für zehn eiskalte Morde, 15 Banküberfälle mit Verletzten sowie zwei Sprengstoffanschläge gegen Menschen mit Migrationshintergrund mit zahlreichen Opfern verantwortlich gemacht wird.

Politische Sozialisierung begann in Jena

Wenige Stunden nach dem Tod von Mundlos und Böhnhardt am 4. November 2011 stand die Wohnung des Trios in der Frühlingsstraße in Zwickau in Flammen. Beate Zschäpe hatte sie in Brand gesteckt, um Spuren zu verwischen. Die Neonazistin flüchtete und stellte sich wenige Tage später der Polizei in ihrer Heimatstadt Jena.

In der thüringischen Universitätsstadt hatte die politische Sozialisierung der drei Neonazis innerhalb der Kameradschaftsszene begonnen. Dort hatten sie zunächst militante Hetz-Schriften und Waffen, dann Sprengstoff gesammelt, waren zunehmend radikal geworden, hatten bundesweite Kontakte im braunen Netz aufgebaut und tauchten schließlich 1998 nach einer Razzia als „Jenaer Bombenbastler“ ab. Bis 2003 wurden Böhnhardt, Zschäpe und Mundlos per Haftbefehl gesucht.

Nur 100 Kilometer entfernt, im sächsischen Chemnitz tauchten sie alsbald wieder auf, befreundete Kameraden und Kameradinnen aus dem rassistischen „Blood & Honour“-Netzwerk boten ihnen Unterschlupf. Thüringische Kameraden wie Ralf W., hochrangiger ehemaliger NPD-Landespolitiker, oder Holger G. aus Hannover verhalfen ihnen zu etwas Geld und einer scharfen Waffe, welche über einen Szeneladen in Jena besorgt wurde. 1999 begann das untergetauchte Trio mit den ersten Überfällen in Sachsen zur weiteren Geldbeschaffung. Ein Jahr später begingen sie in Bayern den ersten geplanten Mord an dem türkischen Blumenhändler Enver Simsek. Sie gaben sich den Namen „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU), hatten weiterhin Helfer aus der Neonazi-Szene und zogen 2000 in ihre erste konspirative Wohnung nach Zwickau um.

„Ein Netzwerk von Kameraden“

Dort erstellten sie bald eine erste DVD mit einem 15-minütigen Film. In der letzten Fassung dieses Films führt perfiderweise die Comic-Figur „Paulchen Panther“ zu den Schauplätzen der brutalen Morde des NSU.



Die Täter verhöhnten ohne Skrupel ihre Opfer: den Blumenhändler Enver Simsek, den Schneider Abdurrahim Özüdogru, den Obsthändler Süleyman Tasköprü, den Gemüseverkäufer Habil Kilic, den Dönerverkäufer Yunis Turgut, den Betreiber eines Schlüsseldienstes Theodoros Boulgarides, den Dönerverkäufer Ismail Yazar, den Betreiber eines Internetcafés Halit Yozgat und die Polizistin Michèle Kiesewetter. Bilder von Tatorten, Comic-Zeichnungen und Fotos von den Opfern wechselten sich ab. „Der Nationalsozialistische Untergrund ist ein Netzwerk von Kameraden mit dem Grundsatz ‚Taten statt Worte‘“, war zu lesen, und: „Solange sich keine grundlegenden Änderungen in Politik, Presse und Meinungsfreiheit vollziehen, werden die Aktivitäten weitergeführt.“ Beate Zschäpe sorgte bei ihrer Flucht im November dafür, dass das grausame Video an zahlreiche Adressaten verschickt wurde und an die Öffentlichkeit gelangte.

Über ein Jahrzehnt tappten die für die Mordserie zuständige BAO (Besondere Aufbauorganisation) Bosphorus sowie die eingesetzten Beamtinnen und Beamten im Fall der ermordeten Polizistin und ihres angeschossenen Kollegen in Heilbronn im Dunkeln. Zahlreiche Ermittler unterschiedlicher Dienststellen bundesweit recherchierten wegen der Morde, der Banküberfälle und schließlich der zwei auf Migranten abzielenden Sprengstoffanschläge in Nordrhein-Westfalen in falsche Richtungen. Es ging soweit, dass die Familien der Opfer ins Visier gerieten und dadurch zusätzliche Verletzungen erlitten sowie von den Behörden auch erheblich drangsaliiert wurden. Ein rechtsextremer Tathintergrund blieb aber völlig außer Acht. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) musste einräumen, dass „einige Behörden kläglich versagt“ haben.

Genug Hinweise auf den Verbleib der Bombenbastler

Die Aufdeckung der NSU-Terrorstrukturen im Herbst 2011 hat einen politischen Skandal ausgelöst und grobe Unterlassungen und Versäumnisse von Justiz, Polizei und Verfassungsschutz ans Licht gebracht. Hinweise auf den Verbleib der abgetauchten Jenaer Bombenbastler hätte es aus dem engmaschigen Netz rechter V-Leute innerhalb der Unterstützerstrukturen genug geben müssen. Viele Neonazis wussten, wo das Trio sich befand. Offenbar herrschte zwischen den beteiligten Sicherheitsbehörden ein Konkurrenzdenken, das einer professionellen Zusammenarbeit im Wege stand. Wichtige Informationen wurden offensichtlich nicht an die richtigen Stellen weitergeleitet und schließlich sogar brisante Akten vernichtet.

Inzwischen beschäftigen sich nicht nur ein Untersuchungsschuss des Bundestages mit dem mörderischen Neonazi-Terror, sondern auch Sonderausschüsse in den Länderparlamenten von Thüringen, Sachsen und Bayern. Die vom Thüringer Innenministerium beauftragte Kommission zum Behördenversagen bei den NSU-Morden um den Ex-Bundesrichter Gerhard Schäfer hat dem dortigen Landesverfassungsschutz in einem Mitte Mai 2012 vorgelegten Bericht ein verheerendes Zeugnis ausgestellt. Das vernichtende Fazit: Der Geheimdienst habe „durch sein Verhalten die Tätigkeit der Strafverfolgungsbehörden bei der Suche nach dem Trio massiv beeinträchtigt“.

Mit der Aufklärung über den rechtsterroristischen „Nationalsozialistischen Untergrund“ und seinen Hintergrund werden Polizei, Justiz, Presse und Politik noch lange Zeit beschäftigt sein. Journalisten geben

Parlamentariern aber auch gute Zeugnisse, so seien die Mitglieder des NSU-Bundestagsuntersuchungsausschusses unter Leitung von Sebastian Edathy „hervorragend vorbereitet“ und es werde „vorbehaltlos“ ermittelt, von der Linken bis zur CSU. Leitartikler Arno Widmann lobt: „Wenn er so weiter macht, bleibt er – zu meinem Bedauern – der Ort, an dem der Rechtsextremismus in der Bundesrepublik am besten bekämpft wird.“ Die SPD-Fraktion ist im NSU-Untersuchungsausschuss neben Edathy noch durch Eva Högl, Sönke Rix, Iris Gleicke, Daniela Kolbe und Aydan Özoğuz vertreten.

Migrantentreffpunkte und Moscheen auf Stadtplänen markiert

Noch im Sommer 2011 campten die drei Neonazi-Terroristen erneut auf Fehmarn, ein Jahr zuvor mieteten sie sich wochenlang in einem Ferienhaus nahe dem holsteinischen Neustadt ein. Immer fanden sie schnell Anschluss. Niemand wunderte sich über Uwe Bönnhardt's „finstere“ Tätowierungen oder den Umstand, dass er ein Nachtsichtgerät dabei hatte.

Im Brandschutt der Zwickauer Wohnung fanden sich später unzählige Stadtpläne, manche mit handschriftlichen Eintragungen, Markierungen von Kulturvereinen, Moscheen oder ähnlichem. Listen von Banken aus Mecklenburg-Vorpommern waren auch darunter. Doch in ihrer privaten Umgebung galt vor allem Beate Zschäpe als hilfsbereit und freundlich. Gern trank nicht nur der Nachbar mit dem Kübelwagen oder der mit dem Hitler-Bild im Wohnzimmer ein Glas Wein mit „Diddlmaus“, wie sie im Haus in Zwickau genannt wurde. Manche Frauen wunderten sich über die schwarze Kleidung der jungen Frau, das merkwürdige Dreiecksverhältnis oder die wochenlangen Abwesenheiten, aber niemand fragte nach.

Das mörderische Trio verband Privates und Politisches. Lud Kameraden in den Urlaub ein. Spendierte seinem treuen Unterstützer Holger G. aus Niedersachsen einen Rundflug über Usedom oder nahm mit ihm im Urlaub an einem Skatturnier teil. Zu „Systemchecks“ tauchten die drei immer wieder bei denen auf, die Geld für sie deponiert hatten. Neben Beate Zschäpe stehen zwölf weitere weibliche und männliche Neonazis als mutmaßliche Unterstützer im Visier der Generalbundesanwaltschaft, Medien berichten gar über ein Netzwerk von bis zu 100 Rechten, doch die öffentliche Wahrnehmung beschränkt sich zunehmend auf das Terror-Trio.

»Die Mordserie war ein Anschlag auf unsere Demokratie. Die Gefahr des Rechtsextremismus wurde bei Polizei, Verfassungsschutz, Justiz sowie in Politik und Medien nicht erkannt.«

Dr. Eva Högl, MdB
Sprecherin der Arbeitsgruppe des NSU-Untersuchungsausschusses
der SPD-Bundestagsfraktion

Identitäten und Pässe von Kameraden benutzt

Tatsächlich waren Mundlos, Zschäpe und Bönnhardt immer Teil des braunen Sumpfes. Sie sozialisierten sich politisch in den rassistisch aufgeheizten 1990er-Jahren, in Zeiten von Asylrechtsverschärfungen und Pogromen von Hoyerswerda oder Rostock-Lichtenhagen, radikalisierten sich mit der zunehmenden US-amerikanisch geprägten „White Power-Ideologie“ und deren Aufrufen zum bewaffneten Kampf. Nahmen an Aufmärschen und Schulungen teil. Orientierten sich Ende der 1990er-Jahre wohl an brutalen rassistischen Nagelbombenanschlägen aus dem Spektrum des internationalen „Blood & Honour“-Netzwerkes, erfuhren, dass verurteilte Neonazi-Straftäter als „nationale Märtyrer“ verehrt wurden, lasen Schriften über kleinste Terrorzirkel und den „führerlosen Widerstand“. Das Terror-Trio war nicht ohne Hilfe abgetaucht, benutzte Identitäten und Pässe von Kameraden, Krankenkassenkarten von Kameradinnen, mietete rund 50 Mal Fahrzeuge an und fuhr jahrelang durch Europa. Es war mitnichten isoliert.

Bis 2002 traf sich der Neonazi-Terrorist Uwe Bönnhardt auch mit seinen Eltern, Uwe Mundlos besuchte bis Sommer 2011 mehrmals seine Heimatstadt Jena und Beate Zschäpe soll mit einer Kameradin zu einem öffentlichen Fest gegangen sein oder sich mit Freunden getroffen haben. Tatsächlich lebte der NSU nie im Untergrund, urteilt die Journalistin Mely Kiyak in ihrer Kolumne für die „Frankfurter Rundschau“, sie schreibt: „Er war sichtbar. Menschen starben sichtbar“. Ernüchternd Kiyaks Fazit: „Das Wort Rassismus lebt im Untergrund. Rassismus ist die Ursache für Mord und Zerstörung, aber auch die Ursache für skandalös geführte Ermittlungen.“

40 Jahre Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik

Die deutschen Sicherheitsbehörden haben das Vorhandensein rechtsterroristischer Strukturen jahrzehntelang gezeugnet oder klein geredet. Gebetsmühlenartig hat es in den Verfassungsschutzberichten bis 2010 geheißt, es seien „keine rechtsterroristischen Strukturen feststellbar“. In der Geschichte der Bundesrepublik hat es aber über Jahrzehnte Gruppierungen und so genannte Einzeltäter aus dem rechtsextremen Milieu gegeben, von denen

Gewalttaten oder terroristische Aktivitäten ausgingen – und die zahlreiche Todesopfer und Verletzte forderten. Erste rechtsterroristische Tendenzen bildeten sich gegen Ende der 1960er/Anfang der 1970er-Jahre heraus. Sie standen zum Teil in Zusammenhang mit dem Niedergang der NPD als Wahlpartei nach der Bundestagswahl 1969 und deren künftiger Bedeutungslosigkeit. Besonders jüngere Aktivisten setzten danach auf einen radikaleren Kurs, nunmehr ohne taktische Rücksichtnahme, mit Bereitschaft zur Militanz. Bei mehreren der in dem Zeitraum entstandenen Gruppen und Organisationen mit rechtsterroristischem Hintergrund waren dementsprechend auch NPD-Parteigänger aktiv.

Die „Europäische Befreiungsfront“ (EBF) wurde 1969 u. a. von NPD-Mitgliedern mitinitiiert. Die auf circa 35 Mitglieder geschätzte Truppe verstand sich als „Kampfgruppe gegen den Kommunismus“. Am 20. Mai 1970 wurden 14 EBF-Mitglieder festgenommen, die am nächsten Tag anlässlich des Treffens von Bundeskanzler Willy Brandt mit DDR-Ministerpräsident Willy Stoph in Kassel Anschläge auf die Stromversorgung verüben wollten. Bei der Verhaftung wurden Waffen und Munition sowie Unterlagen über die Planung von Anschlägen auf die Bundeswehr sichergestellt.

„Großkampftag“ mit Bombenanschlägen geplant

Aus den Reihen der NPD stammte auch die 18 Mitglieder umfassende Gruppe „Hengst“, die im Rhein-Sieg-Kreis bewaffnete Aktionen gegen „politisch missliebige Personen“, darunter der SPD-Vorstand, Geldinstitute, Bundesbahn und Munitionsdepots durchführen wollte. Bei der Festnahme im Februar 1971 wurden bei zwei NPD-Aktivisten eine Maschinenpistole, mehrere Gewehre und Pistolen sichergestellt.

Die 1970 aus Mitgliedern der NPD und des „Bundes Heimattreuer Jugend“ entstandene „Nationale Deutsche Befreiungsbewegung“ (NDBB) verstand sich als Vorläufer einer neuen NSDAP. Sie verübte Anschläge gegen „linke“ Lokale in Berlin und eine linke Berliner Zeitung. Am Vorabend des zehnten Jahrestags der Berliner Mauer wurde die Gruppe ausgehoben, die für den 13. August 1971 einen „Großkampftag“ mit Bombenanschlägen geplant hatte. Aus den Reihen des NDBB gab es Kontakte zur rechtsterroristischen Wehrsportgruppe Hoffmann.

Im April 1972 wurde die „Nationalsozialistische Kampfgruppe Großdeutschland“ (NSKG) gegründet, die um die 25 Mitglieder hatte, sich zum Programm der NSDAP bekannte und über umfangreiche Mengen von Sprengstoff und Waffen verfügte. Noch vor der Durchführung von Anschlägen kam es im Oktober 1972 zur Verhaftung von deren Aktivisten.

Im Umfeld der in Deutschland verbotenen NSDAP/AO agierte die von dem früheren NPD-Mitglied Paul Otte gegründete Gruppe „Otte“, auf deren Konto 1977 zwei Rohrbombenanschläge gingen. Ende November desselben Jahres wurde bei einem Aktivisten eine Rohrbombe gefunden, die offensichtlich für einen Anschlag auf die Synagoge in Hannover gebaut worden war. Fünf Mitglieder der Gruppe wurden 1981 vom Oberlandesgericht Celle zu Freiheitsstrafen verurteilt.

Eine „Wehrsportgruppe Rohwer“ um den ehemaligen NPD-Funktionär Uwe Rohwer führte 1977 und 1978 sieben Anschläge bzw. Überfälle auf Banken und Militäreinrichtungen durch, um sich mit Geld und Waffen für die Befreiung von Rudolf Heß oder die Sprengung eines KZ-Ehrenmals auszustatten. 1979 erhielten fünf Aktivisten Freiheitsstrafen zwischen sechs und elf Jahren.

Gewalttäter aus der „Wehrsportgruppe Hoffmann“

Die bekannteste Gruppe war die 1974 gegründete, zeitweise 400 Mann starke „Wehrsportgruppe Hoffmann“. Aus ihr gingen bekannte Gewalttäter hervor, u. a. Gundolf Köhler, der 1980 einen Anschlag auf das Münchner Oktoberfest mit 13 Todesopfern und 211 Verletzten verübte, oder Uwe Behrendt, der ebenfalls 1980 einen jüdischen Verleger und dessen Lebensgefährtin erschoss. Eine direkte Beteiligung an beiden Aktionen konnte der „Wehrsportgruppe“ allerdings nicht nachgewiesen werden. Unabhängig davon kam es 1980 zum Verbot der „Wehrsportgruppe Hoffmann“.

1980 verübten Mitglieder der von Manfred Roeder gegründeten „Deutschen Aktionsgruppen“ Anschläge auf öffentliche Einrichtungen und Asylbewerberunterkünfte. Bei den Attentaten wurden zwei Menschen getötet und acht verletzt. In der Nähe von Hanstedt hoben die Behörden im Jahr 1981 gigantische Mengen an Sprengstoff aus. Das Depot war von dem ehemaligen NPD-Mitglied Heinz Lembke angelegt worden, der im Prozess gegen Roeder die Zeugenaussage verweigerte und sich in der Untersuchungshaft das Leben nahm. Manfred Roeder (Jahrgang 1929), Kandidat für die NPD bei den Bundestagswahlen 1998, wurde u. a. wegen Rädelführerschaft in einer terroristischen Vereinigung sowie Sprengstoffanschlägen 1982 zu 13 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt und 1990 wegen guter Führung und günstiger Sozialprognose vorzeitig entlassen.



Der 2008 verstorbene Altnazi Friedhelm Busse (Jahrgang 1929) gründete 1971 mit anderen die „Partei der Arbeit/Deutsche Sozialisten“, die ab 1975 unter dem Namen „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit“ (VSBD) auftrat. In ihr sammelten sich neben anderen auch radikalisierte NPD-Mitglieder. Vor der Wohnung Busses fand 1981 wegen eines geplanten Banküberfalls ein Schusswechsel zwischen der Polizei und VSBD-Anhängern statt, wobei zwei Neonazis erschossen wurden. Busse erhielt 1983 wegen Begünstigung von Bankräubern und Verstoßes gegen das Waffengesetz eine mehrjährige Freiheitsstrafe. Bereits 1953 und 1963 war Busse wegen Beihilfe zur Freiheitsberaubung bzw. wegen Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz verurteilt worden. 2006 war Busse wieder in die NPD eingetreten, die ihn 1971 ausgeschlossen hatte.

27 Kilogramm TNT-Sprengstoff sichergestellt

Die rechtsterroristische „Hepp-Kexel-Gruppe“, benannt nach ihren Führungsfiguren Odfried Hepp und Walter Kexel, versuchte, die konspirative Tätigkeit und strukturelle Entwicklung der linksterroristischen RAF zu kopieren. 1982 verübte die „Hepp-Kexel-Gruppe“ mehrere Banküberfälle und Sprengstoffanschläge auf US-amerikanische Militäreinrichtungen, wobei es Verletzte gab. Durch Hinweise aus der Bevölkerung kam es später zur Verhaftung der wichtigsten Aktivisten und damit zur Zerschlagung der Gruppe.

Peter Naumann, viel gefragter Referent in der rechtsextremen Szene und ehemals Mitarbeiter eines früheren NPD-Parlamentariers in Dresden, wurde vom Oberlandesgericht Frankfurt 1988 wegen Sprengstoffanschlägen, versuchter Gründung einer terroristischen Vereinigung und Verstoß gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Bei einer Hausdurchsuchung wurden im März 1995 bei Naumann erneut zwei Sprengkörper gefunden. Im Spätsommer 1995 zeigte Naumann dem Bundeskriminalamt und dem ARD-Magazin „Panorama“ mehrere Waffen- und Sprengstoffdepots, die nach Naumanns Angaben in den 80er-Jahren angelegt worden seien sollen. Dabei wurden u. a. insgesamt 27 Kilogramm des hochexplosiven TNT-Sprengstoffs sichergestellt.

Am 19. Februar 1997 verübte ein Neonazi, der sich selbst zum „Weißen Arischen Widerstand“ zählte, einen Anschlag auf einen linken Buchhändler in Berlin-Marzahn. Auf der Flucht tötete er auf einem Autobahnparkplatz in der Nähe des schleswig-holsteinischen Rosenburg einen Polizeibeamten, ein zweiter wurde von ihm schwer verletzt.

Der Dortmunder Michael Berger, zeitweilig DVU- und Republikaner-Mitglied, erschoss am 14. Juni 2000 drei Polizeibeamte und richtete sich dann selbst. In Bergers Wohnung stellte die Polizei eine Automatikpistole, zwei Gewehre und eine Splittergranate sicher.

Brandanschläge gegen ausländische Imbissbetreiber

In München wurden im September 2003 mehrere Rechtsextremisten verhaftet. Sie waren verdächtig, einen Sprengstoffanschlag auf die Grundsteinlegung des jüdischen Kulturzentrums am St. Jakobs-Platz

am 9. November 2003 geplant zu haben. Bei Durchsuchungen hatte die Polizei zuvor u. a. 1,2 kg TNT, eine Handgranate, mehrere Lang- und Kurzwaffen sowie Munition sichergestellt. Insgesamt acht Angehörige des ehemaligen inneren Führungszirkels der Münchner „Kameradschaft Süd“ wurden 2005 vom Bayerischen Obersten Landesgericht wegen Mitgliedschaft bzw. Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung zu mehrjährigen Haftstrafen, zum Teil auf Bewährung, verurteilt. Der Rädelsführer erhielt u.a. wegen Verstoßes gegen das Waffen- und das Sprengstoffgesetz eine Freiheitsstrafe von sieben Jahren.

Im Oktober 2003 erschoss der Neonazi Thomas A. im nordrhein-westfälischen Köln den Rechtsanwalt Hartmut Nickel, seine Frau Mechthild Bucksteeg und Nickels Tochter Alja. Nach der Tat prahlte der Neonazi, „Es ist jetzt Krieg“.

Im März 2005 verurteilte das Brandenburgische Oberlandesgericht elf Jugendliche bzw. Heranwachsende unter anderem wegen Gründung und Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung nach § 129a StGB zu teils mehrjährigen Jugendstrafen. Die Gewalttäter hatten unter der Bezeichnung „Freikorps Havelland“ von August 2003 bis Mai 2004 im Landeskreis Havelland systematisch Brandanschläge gegen ausländische Imbissbetreiber in der Region verübt, um sie einzuschüchtern und zur Aufgabe ihres Geschäfts zu nötigen.

.....

Rechtsextreme Gewalt: Daten und Fakten

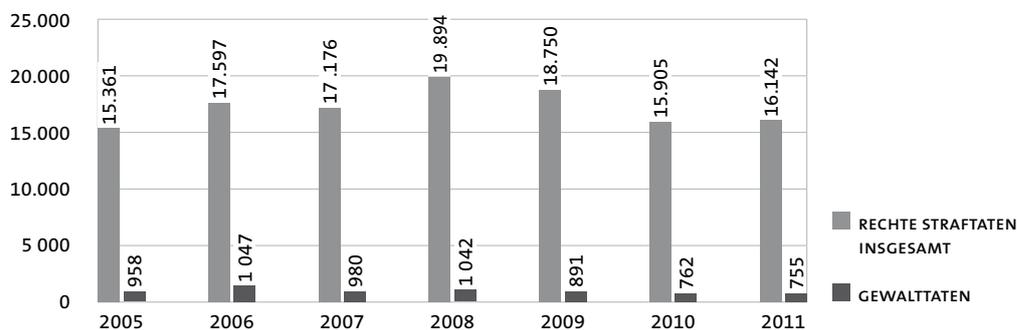
Jeden Tag begehen Rechtsextremisten in Deutschland durchschnittlich 45 Straftaten, davon zwei gewalttätige Delikte. Der amtlichen Statistik zufolge sind im Jahr 2011 insgesamt 16.142 Straftaten und 755 Gewalttaten von Rechts verübt worden. Diese Gewalttätigkeiten setzen sich u. a. durch fünf versuchte Tötungsdelikte, 640 Fälle von Körperverletzung sowie 20 Brandstiftungen zusammen.

In Relation zur Einwohnerzahl haben nach amtlichen Angaben im Jahr 2011 rechtsextreme Gewalttäter in Sachsen-Anhalt am häufigsten zugeschlagen, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Thüringen und Brandenburg, an sechster Stelle steht Berlin.

Die hier abgebildeten Grafiken zeigen zwar einen zahlenmäßigen Rückgang von rechtsextremen Straf- und Gewalttaten auf, nach wie vor liegen sie aber auf hohem Niveau.

Anzahl der Straftaten insgesamt und der Gewalttaten mit rechtsextremistisch motiviertem Hintergrund in Deutschland von 2005 bis 2011

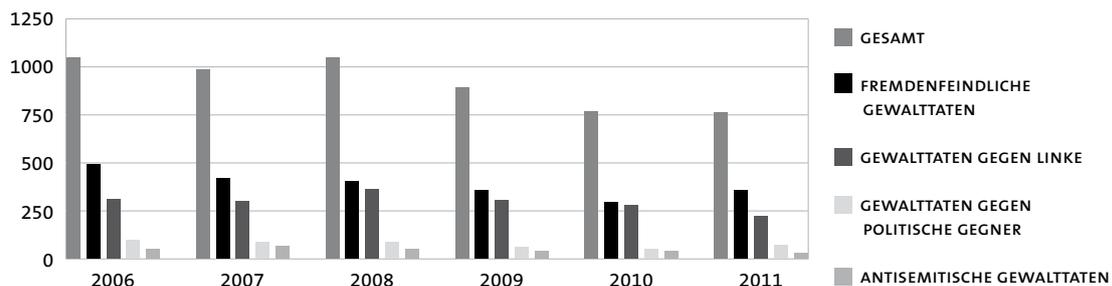
Anzahl der Gewalttaten



Quelle: Bundeskriminalamt

Politisch motivierte Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund in Deutschland von 2006 bis 2011 nach Art des Delikts

Anzahl der Gewalttaten



Quelle: Bundeskriminalamt

Für die ostdeutschen Bundesländer einschließlich Berlin weist die amtliche Statistik für 2011 296 rechts-extreme Gewalttaten aus. Ein anderes Bild ergibt sich, wenn die Erkenntnisse der Opferberatungsstellen zugrunde gelegt werden, die auf wesentlich höhere Zahlen kommen. Insgesamt werden von ihnen 706 Vorfälle rechtsextremer Gewalt registriert (dahinter die amtlichen Zahlen): Sie zählen 186 (98) Angriffe in Sachsen, gefolgt von Berlin (158; 42), Sachsen-Anhalt (132; 63), Mecklenburg-Vorpommern (97; 37), Brandenburg (84; 36) und Thüringen (49; 34).

Rechtsextremismus in Deutschland

Je 100 000 Einwohner



NPD IM LANDTAG RECHTSEXTREMISTISCHE GEWALT TATEN (JE 100 000 EINWOHNER)

Quelle: Verfassungsschutzbericht 2011

Hass auf Demokraten

Hassobjekte der Rechtsextremen sind Parlamente und Parteien. Rechte Gewalt richtet sich gegen Einrichtungen und Büros demokratischer Parteien und ihrer Funktionsträger, die sich aktiv gegen Rechtsextremismus wenden. Die SPD, zu deren Grundüberzeugungen seit ihrer Gründung vor 150 Jahren der Kampf gegen Rechts gehört und die sich in ihrer Geschichte immer gegen Verfolgung von Rechts wehren musste, ist ständig Ziel mehr oder weniger gefährlicher Attacken.

Mit den folgenden ausgewählten Vorfällen, die typisch für etliche andere dieser Art sind, soll nicht versucht werden, die SPD als einziges Opfer rechtsextremen Hasses darzustellen. Auch viele andere Institutionen werden von Neonazis angegriffen. Beabsichtigt ist mit diesen Beispielen aus den Jahren 2010 bis 2012, die zunehmende Unverfrorenheit und Zerstörungswut rechtsextremer Gewalttäter anschaulich zu machen.

Bayern. 28.11.2011: In dem Städtchen Weißenburg (Franken) gehen 15 verummte Neonazis auf eine Mahnwache los und bewerfen ein SPD-Gemeinderatsmitglied aus dem nahen Pleinfeld, der Rollstuhlfahrer ist, mit Böllern.

Bayern. 11. Dezember 2011: Ein Loch wird in die Schaufensterscheibe des SPD-Bürgerbüros in Aschaffenburg geschlagen. Das neonazistische „Freie Netz Süd“ merkt an: „In der Auslage befanden sich Zeitungsberichte über die ominöse Döner-Mord-Serie.“

Berlin. 27. Juni und 9. November 2011: Brandanschläge auf das „Anton-Schmaus-Haus“ der Sozialistischen Jugend Deutschlands/Die Falken in Neukölln.

Berlin. 1. August 2012: Böller im Briefkasten des stellvertretenden Landesvorsitzenden der JungsozialistInnen. Er hatte rechtsextreme Schmierereien übermalt.

Berlin. 20. und 22. August 2012: Neonazis zerstören Fenster und Eingang der „Ansprechbar“ der Jusos im Stadtteil Oberschöneweide.

Berlin. 27. August und 9. Oktober 2012: Mehrere SPD-Büros in Berlin werden beschmiert. An einem steht „Rache für NW-DO“ – das Kürzel der vom nordrhein-westfälischen Innenminister (SPD) verbotenen Neonazitruppe „Nationaler Widerstand Dortmund“.

Berlin. 9. Oktober 2012: Erneut attackieren Neonazis das „Anton-Schmaus-Haus“ der Falken mit Drohungen: „Game Over“ und „Ihr interessiert uns brennend“.

Mecklenburg-Vorpommern. 19. und 24. Februar 2010: Das Bürger- und Wahlkreisbüro des örtlichen SPD-Abgeordneten und Landesministers wird beschädigt und beschmiert.

Mecklenburg-Vorpommern. 25. Februar 2010: Nach einem Angriff auf das „Albert-Schulz-Haus“ der Rostocker SPD werden Papierschnipsel gefunden: „Antifa entgegnetreten“ und „NSR“ („Nationale Sozialisten Rostock“).

Mecklenburg-Vorpommern. 18. Juli und 5. Dezember 2010: An das Haus des Bürgermeisters (SPD) von Gnoien werden rechtsextreme Parolen geschmiert. Eine auf dem Friedhof gestohlene Gedenktafel für Opfer des Faschismus wird auf das Grundstück geworfen. Eine „Nationale Offensive Teterow“ gibt sich zu erkennen.

Mecklenburg-Vorpommern. 8. und 23. Mai 2010, 8. und 10. Juli 2011: Mehrmals wird das Bürgerbüro Güstrow des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion attackiert. Das Neonazi-Internetportal „Altermedia“ kommentiert hämisch: „Fakt ist jedenfalls, dass in Güstrower Parteibüros wohl bald die Rollläden hinunter gelassen werden müssen.“

Mecklenburg-Vorpommern. 8. April 2010, 15. April und 19. Juli 2011: Anschläge auf das Büro eines SPD-Landtagsabgeordneten. „NSTW“ („Nationale Sozialisten Toitenwinkel“) hinterlassen ihren Schriftzug.



Mecklenburg-Vorpommern. Ende Mai 2012: Am Wahlkreisbüro eines SPD-Landtagsabgeordneten in Schwerin wird ein Schild entwendet. Das rechtsextreme Internetportal „Mupinfo“ schreibt: „SPD-Büros sind immer wieder Opfer von Volkszorn und Vandalismus“.

Mecklenburg-Vorpommern. 9. April und 29. Mai 2010: Das Türschloss des Büros eines SPD-Landtagsabgeordneten in Waren wird zugeklebt und zerstört. 13. Mai: Der Bürgermeister von Waren (SPD) wird bei einem Spaziergang körperlich bedroht.

Niedersachsen. August und September 2012: Das Wahlkreisbüro einer prominenten SPD-Landtagskandidatin wird zweimal mit Steinen beworfen. Die mittlerweile verbotene Neonazigruppe „Besseres Hannover“ höhnt, „dass sich normale Hannoveraner Bürger mit so einer Tat einfach mal ... bedanken wollen. Zum Beispiel für die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft. ... In diesem Sinne: Ein Hoch auf das Deutsche Glaserhandwerk!“

Niedersachsen. 6. Dezember 2012: In Stadthagen im Kreis Schaumburg explodiert Sprengstoff im Briefkasten des lokalen Bundestagsabgeordneten, der Vorsitzender des NSU-Untersuchungsausschusses ist.

Nordrhein-Westfalen. November 2010: Am Wohnort des Juso-Kreisvorsitzenden in Pivitsheide bei Detmold wird neben ein Hakenkreuz der Schriftzug „Mister Juso stirbt bald“ gesprüht.

Nordrhein-Westfalen. 10. August 2011: Steine fliegen auf das Büro des SPD-Bundestagsabgeordneten in Hamm. 22. September 2011: Zwei Mitglieder der rechten Szene werden beim Versuch, erneut die Scheiben einzuwerfen, von der Polizei erappt.

Sachsen. 13. Februar 2010: Auf der Rückfahrt von der alljährlichen Neonazi-Demonstration in Dresden versammeln sich Hunderte in Pirna und greifen das SPD-Büro an. An den Übergriffen soll ein NPD-Stadtrat beteiligt gewesen sein.

Sachsen. 11. April 2011: Der Schaukasten am Bürgerbüro des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion in Meißen wird zerstört.

Sachsen-Anhalt. 28. Januar 2010: Der Wernigeröder SPD-Stadtrat und stellvertretende Juso-Landesvorsitzende wird von mehreren Neonazis durch Faustschläge niedergestreckt.

Thüringen. 7. Februar und 27. Mai 2010: Das Haus des für sein Auftreten gegen Rechtsextremismus bekannten und ausgezeichneten Jenaer Oberbürgermeisters (SPD) wird mit Farbbeuteln beworfen und beschmiert. Daneben wird sein Gesicht und der Slogan „Wanted dead or alive“ gesprüht.

Thüringen. 3. April 2012: Beim Gedenken an die Bombardierung Nordhausens attackiert der NPD-Kreisvorsitzende die Oberbürgermeisterin (SPD). 9. Juni 2012: Beim „Rolandsfest“ in Nordhausen wird der Bürgermeister (SPD) von maskierten Neonazis attackiert und verletzt.

Das Rechtsaußen-Spektrum

Die politische Szene am rechten Rand ist breit gefächert, unübersichtlich und zersplittert.

NPD als parlamentarischer Arm

14 Mandate in zwei Landtagen, zwischen 300 und 400 Vertreter in Stadt- und Kreisparlamenten, knapp 6000 Mitglieder, jährliche Einnahmen der Partei in Höhe von 3 Millionen Euro, dazu eine siebenstellige Summe für die beiden Fraktionen in Dresden und Schwerin: Die NPD ist die führende Kraft im parteipolitischen Spektrum des deutschen Rechtsextremismus. Andere Rechtsaußen-Parteien, die zeitweise erfolgreicher waren, hat die NPD, abgesehen von regionalen Ausnahmefällen, längst abgehängt. Ende 2010 ist sie mit der „Deutschen Volksunion“ (DVU) fusioniert und nennt sich seitdem „NPD – Die Volksunion“.

Die NPD ist aber mehr als nur eine „normale“ Partei. Sie versteht sich als „Zentrum des organisierten Nationalismus“ und will nicht nur den „Kampf um die Parlamente“ führen, sondern auch den um die Straße und letztlich um die Vorherrschaft in einzelnen Regionen. Dabei arbeitet sie seit eineinhalb Jahrzehnten verstärkt – aber nicht immer konfliktfrei – mit Neonazis zusammen, die nicht in der Partei organisiert sind.

„Jawohl, wir sind verfassungsfeindlich“

Antisemitismus, Rassismus, die Ablehnung demokratischer Prozesse, der Traum von der „Volksgemeinschaft“ gehören nach wie vor zur ideologischen Grundausstattung ihrer Mitglieder und Funktionäre. Der „Nationale Widerstand“, so sagte der spätere NPD-Bundesvorsitzende Holger Apfel vor eineinhalb Jahrzehnten, sei „die einzige, wirkliche Weltanschauungsbewegung in der bundesdeutschen Parteienlandschaft mit der NPD als der organisierten Partei, die das politische System in der BRD bis auf die Wurzel bekämpft, auch die Wurzel abnimmt“. Und er fuhr fort: „Wir sind stolz darauf, dass wir alljährlich in den bundesdeutschen Verfassungsberichten stehen und dort als feindlich, verfassungsfeindlich, gegen dieses System gerichtet genannt sind. Jawohl, wir sind verfassungsfeindlich.“

Gegründet wurde die NPD 1964 als Sammlungsbewegung von Rechtsaußen-Politikern, von denen viele Mitglieder der NSDAP gewesen waren. Zwischen 1966 und 1968 zog die NPD in sieben der elf westdeutschen Landtage ein. Bei der Bundestagswahl 1969 scheiterte die Partei jedoch mit 4,3 Prozent, und nirgendwo gelang ihr in der Folge der Wiedereinzug in die Landesparlamente. Die NPD verschwand – abgesehen von einzelnen kommunalen Wahlerfolgen – für mehr als drei Jahrzehnte von der parlamentarischen Ebene.

Von der Wahlpartei zur Bewegungspartei

Einen Wiederaufschwung erlebte die NPD erst Ende der 1990er-Jahre, nachdem Udo Voigt den Vorsitz übernommen hatte. Unter seiner Führung öffnete sie sich zunehmend für Neonazis, die zuvor in kleineren Parteien oder Kameradschaften aktiv gewesen waren und vor allem den Erfolg auf der Straße gesucht hatten. Das neue Konzept der Partei kam ihnen entgegen. Aus der Wahlpartei alten Zuschnitts wurde eine „Bewegungspartei“, die thematisch Kapitalismuskritik, Globalisierung, Arbeitslosigkeit und die soziale Frage in den Mittelpunkt ihrer Propaganda stellte. Die NPD propagierte ein Drei-Säulen-Modell, aus dem später ein Vier-Säulen-Modell wurde.

Sie wollte fortan

- „den Kampf um die Straße“,
- den „Kampf um die Parlamente“
- und den „Kampf um die Köpfe“

führen und damit nicht mehr allein auf parlamentarische Wirkung setzen. Mitte des vorigen Jahrzehnts kam als vierte Säule der „Kampf um den organisierten Willen“ hinzu: das Bemühen, alle extrem rechten Kräfte von der „Deutschen Volksunion“ (DVU) und rechten Kleinparteien bis hin zur „parteilosen“ Neonaziszene auf die Linie der NPD einzuschwören. Wichtiger als die – nachgeschobene – vierte Säule sind aber die zuvor genannten drei anderen strategischen Zielsetzungen.

Der „Kampf um die Parlamente“: Er hatte drei Jahrzehnte konkurrenzlos im Mittelpunkt der Parteiarbeit gestanden. Das Parlament als Bühne für provokante Auftritte garantiert Medienpräsenz. Fraktionen auf

»Die Demokratie in Deutschland mag stark genug sein, eine verfassungsfeindliche NPD auszuhalten. Aber die Opfer dieser Partei sind es nicht. Sie bedürfen unseres Schutzes.«

Thomas Oppermann, MdB
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Landesebene sichern die materielle Existenz nicht nur der Abgeordneten, sondern auch der bei ihnen angestellten Mitarbeiter, die parallel Aufbauarbeit für die Partei leisten. Fraktionen dienen als Kaderschmiede für Nachwuchsfunktionäre, aber auch für schon ältere Mitglieder, die sich in anderen Bundesländern oder auf kommunaler Ebene um Mandate bewerben wollen.

Gelder aus der staatlichen Parteienfinanzierung

Nicht zuletzt ist der Kampf um die Parlamente aus der Perspektive der NPD auch ein Kampf um die Finanzen. Einerseits bemisst sich die staatliche Parteienfinanzierung unter anderem an den zurückliegenden Wahlergebnissen, andererseits bieten auch die Fraktionen neue finanzielle Spielräume.

So konnte die NPD im Jahr 2010 beispielsweise knapp 1,2 Millionen Euro aus der staatlichen Parteienfinanzierung beanspruchen. Das waren knapp 40 Prozent ihrer gesamten Einnahmen in jenem Jahr in Höhe von 3,0 Millionen Euro. Von 2005 bis 2009 nahm die Partei laut ihren Rechenschaftsberichten 16,28 Millionen Euro ein. Davon stammten 6,75 Millionen Euro oder 41,4 Prozent aus staatlichen Mitteln.

Gelder aus der Staatskasse hat die Partei dringend nötig. Denn Finanzskandale begleiten sie seit Jahren. Mal wurden überhöhte Spendeneinnahmen angegeben, um an höhere staatliche Zuschüsse zu gelangen. Mal sorgte ein Bundesschatzmeister mit seiner chaotischen Buchführung dafür, dass kaum noch jemand das Einnahmegebaren der Partei nachvollziehen konnte. Mal ließ sich die NPD von jenem Schatzmeister ihrerseits um 741.250 Euro erleichtern, der Parteigelder für sich abzweigte. Mal war dessen Nachfolger nicht in der Lage, einen ordnungsgemäßen Rechenschaftsbericht vorzulegen. Deshalb hat das Bundesverwaltungsgericht die NPD Mitte Dezember 2012 zu einer Strafzahlung in Höhe von 1,27 Millionen Euro verurteilt.

Die Diäten der Abgeordneten bieten weitere Vorteile. Parteichef Holger Apfel verdient als Fraktionschef der NPD in Sachsen seine Brötchen. Stellvertreter Udo Pastörs ist Fraktionsvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern. Wichtiger noch als persönliche Diäten sind freilich die Mittel, die die NPD in Dresden und Schwerin für die Arbeit ihrer Fraktionen erhält. In Sachsen waren dies in den Jahren 2006 bis 2011 jeweils zwischen 1,3 und 1,4 Millionen Euro jährlich. Unterm Strich kamen in diesen sechs Jahren insgesamt 8,08 Millionen Euro zusammen.

Auch die NPD-Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern, deren Vorsitzender Pastörs zuweilen gegen eine „Judenrepublik“, einen „Gaunerstaat“ oder eine „verfaulte Republik“ wettet, muss nicht knausern. Von ihrem Landtagseinzug im September 2006 bis Ende 2010 kassierte sie an Zuschüssen für die Fraktionsarbeit etwas mehr als 3 Millionen Euro. Allein 2010 waren es rund 830.000 Euro. Größter Ausgabeposten waren die Kosten für ihr Personal, die von 2007 bis 2010 von 539.000 auf 616.000 Euro stiegen. Insgesamt konnte die Fraktion seit dem Einzug in den Landtag etwas mehr als 2,3 Millionen Euro für ihre Mitarbeiter ausgeben. Dabei sind in diesen Zahlen – ebenso wie in denen aus Sachsen – noch nicht einmal die Kosten für jene Angestellten enthalten, die nicht bei den Fraktionen, sondern bei den jeweiligen Abgeordneten beschäftigt sind.

„Kümmerer“ auf kommunaler Ebene

Beim „Kampf um die Parlamente“ hat es die NPD nicht nur auf Landtage und Bundestag abgesehen. „Die übliche Hierarchie Bund, Land, Europa und Kommune wurde von der NPD umgedreht“, sagt die Partei selbst.



Die kommunale Ebene soll Fundament für die Erfolge auf Landesebene sein, wie es die NPD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern vorexerziert hatte. So überrascht es auch nicht, dass die „Kommunalpolitische Vereinigung“ der NPD bereits im Spätsommer 2012 ankündigte, der Schwerpunkt der Wahlkampfaktivitäten werde 2014 „auf den drei Bundesländern liegen, in denen im Herbst des Jahres Landtagswahlen stattfinden – Brandenburg, Sachsen und Thüringen“. Von „rund 400 nationalen Mandatsträgern in Städten, Kreisen und Gemeinden ganz Deutschlands“ spricht die „Kommunalpolitische Vereinigung“ der NPD selbst (die tatsächliche Zahl liegt nach offiziellen Schätzungen bei 330). Mit ihnen will die NPD sich als Teil der Normalität darstellen. Auf kommunaler Ebene soll sich die NPD als „Kümmerer“ erweisen, als Partei, die sich um die Alltagsorgen der Bürger – oder genauer: der eingeborenen Deutschen – bemüht. Vor allem in ökonomisch und demografisch abgehängten Landstrichen im Osten der Republik, wo demokratische Parteien zuweilen gar nicht mehr präsent sind, droht dieses Konzept aufzugehen.

Der „Kampf um die Köpfe“ umfasst die alltägliche „Überzeugungsarbeit“ der Partei, aber ebenso sehr die Versuche, das eigene Personal für diese Arbeit fit zu machen. Parteiinterne Schulungen, Schriftenreihen, die der Vorstand herausgibt, auch die Parteizeitung „Deutsche Stimme“ sollen dazu Beiträge leisten. Versuche, die vor allem parteiinterne Wirkung durch eine so genannte „Dresdner Schule“ oder eine parteinahe Stiftung zu verstetigen, sind bisher gescheitert.

Der „Kampf um die Straße“: Präsenz in der Öffentlichkeit verspricht sich die NPD durch ihre seit etwa 1996 vermehrt durchgeführten Demonstrationen. Damit will sie sich u. a. Zugang in die Medienberichterstattung erzwingen. Die NPD soll als Partei, die sich öffentlich zeigt und nicht nur in Hinterzimmern tagt, wenn nicht gar als „Machtfaktor“, erscheinen. Zugleich sollen durch Aufmärsche insbesondere jüngere Leute aus der Szene angesprochen und letztlich für die Partei gewonnen werden.

Nicht zuletzt dieser „Kampf um die Straße“ brachte viele vormalig „parteilose“ Neonazis zur NPD. Eine Partei, die versprach, sich nicht im Kleinklein von Tagesordnungen und Geschäftsordnungsanträgen, von Stadtratsanfragen zu verwilderten Spielplätzen und von langatmigen Ausschusssitzungen zu verlieren, wirkte interessant für sie. Auf der Straße sollte die „Machtfrage“ gestellt werden.

„Seriöse Radikalität“ als neue Orientierung

Das Personal der NPD passt zu der Strategie. Nicht wenige Mitglieder und Funktionäre haben im Laufe ihrer politischen Biografie Vorstrafen wegen Volksverhetzung oder der Verunglimpfung des Staates, wegen Körperverletzung oder anderer Gewaltdelikte gesammelt. Im „Kampf um die Straße“ können sie zumindest optisch oder verbal „Straßenkämpfer“ sein. So wie jener NPD-Funktionär, der bei einer Demonstration „die Führer aus Wirtschaft und Politik, hohe Würdenträger des Staates, Gewerkschaftsbonzen, Manager, Kirchenführer, Redakteure, Medienkartelle und so weiter“ als „Parasiten auf höchstem Niveau“ bezeichnete. In naher Zukunft gebe es „nur eine einzige Möglichkeit, wie mit diesen Leuten zu verfahren ist, nämlich sie am nächsten Laternenpfahl aufzuhängen mit einem Schild um den Hals, auf dem geschrieben steht:



„Ich habe Verrat an meinem Volk begangen!“ In einem solchen Umfeld überrascht es nicht, wenn sich in einem Prozess wie dem gegen das neonazistische „Aktionsbüro Mittelrhein“ in Koblenz auch NPD-Mitglieder verantworten müssen. Vorgeworfen wird den Neonazis die Bildung bzw. Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. Ein NPD-Kreisvorsitzender soll in jenem „Aktionsbüro“ eine führende Rolle gespielt haben.

Auch solche Aktivitäten und Äußerungen haben dazu geführt, dass über der NPD erneut das Parteiverbot schwebt. Und sie haben dazu beigetragen, dass nach den Erfolgen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern für die NPD bei Wahlen nichts Zählbares mehr zu holen war. Vor diesem Hintergrund empfiehlt der im Herbst 2011 als Nachfolger von Udo Voigt gewählte NPD-Vorsitzende Holger Apfel seiner Partei eine „seriöse Radikalität“ als neue Orientierung. Austreiben will er der Partei den Hang zu NS-nostalgischen Provokationen, wie zuletzt im Berliner Wahlkampf zum Abgeordnetenhaus mit dem „Adolf“-Kreuzworträtsel oder den „Gas geben“-Plakaten.

Gegen Provokationen hat er nichts – nur gegenwartsbezogen sollen sei sein. „Wenn ich ‚seriöse Radikalität‘ einfordere, geht es nicht um inhaltliche Anpassung und die Aufweichung unserer Grundsätze“, beteuerte Apfel im Gespräch mit der in Österreich erscheinenden Zeitschrift „Die Aula“. Die NPD dürfe aber „keine Polit-Sekte und Bürgerschrecktruppe sein“. Auf Provokationen wird die NPD auch künftig nicht verzichten. Apfel hat es beispielsweise vorgemacht, als er sich im Sommer 2010 im sächsischen Landtag wegen antisemitischer Tiraden („jüdischer Terrorstaat“, „jüdischer Schurkenstaat“, „blühende Holocaust-Industrie“) einen Ausschluss von zehn Sitzungstagen einhandelte.

Von solchen Hinweisen abgesehen, bleibt das Bekenntnis zu einer „seriösen Radikalität“ bisher unbestimmt. Zweifel sind angebracht, ob sie mehr ist als nur ein neues Gewand für die alten Inhalte. In weiten Teilen ist die Partei nach wie vor angewiesen auf „Freie“, zum Teil weil Freie die Szene in einem Bundesland bestimmen wie etwa in Mecklenburg-Vorpommern, zum Teil weil die Partei regional so isoliert und schwach dasteht wie beispielsweise in Nordrhein-Westfalen oder Hessen.

Das Braunhemd bleibt im Schrank

Wo die klare Linie fehlt, gibt es aber immerhin Sprachregelungen. „Wortgewandt“ ist der Titel einer 56-seitigen Broschüre, die der NPD-Vorstand im Sommer 2012 vorlegte. Sie soll Funktions- und Mandatsträgern parteioffizielle Formulierungshilfen für einen seriöseren Auftritt vermitteln. Wie vom Parteichef gewünscht, soll die NPD gegenwartsbezogen erscheinen. „Argumentationshilfen“ zur „Ausländerpolitik“ sowie zur Wirtschafts- und Sozialpolitik bilden den Schwerpunkt. Erst ganz am Ende, im 40. Kapitel, widmet sich der Autor dem Thema „Holocaust, Kriegsschuldfrage 1939 und Nationalsozialismus“. Auf diesen Themenkomplex solle sich niemand öffentlich festnageln lassen, wird den Parteikameraden empfohlen. „Bei entsprechenden Fragen zum NS sollte immer nur gesagt werden: ‚Adolf Hitler ist tot und die NSDAP aufgelöst, was soll also die Frage? Ich lebe nicht in der Vergangenheit, sondern in der Gegenwart. Die Menschen haben ganz andere Probleme, als sich ständig mit einer Zeit zu beschäftigen, die schon eine Ewigkeit zurückliegt.“

Auch in diesem Hier und Heute bleibt die „Volksgemeinschaft“ das Ziel. Die Idee dieser „Volksgemeinschaft“ sei „vornationalsozialistischen Ursprungs und von zeitloser Gültigkeit“. Klar ist, wer aus Sicht der NPD nicht zu dieser Volksgemeinschaft gehört: „Angehörige anderer Rassen bleiben [...] körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper, egal, wie lange sie in Deutschland leben.“ Die NPD als antisemitische Partei? Der „Wortgewandt“-Autor gibt mögliche Antworten vor. Davon eine: „Antisemitismus meint wohl die Kritik an Juden? Selbstverständlich darf man auch Juden kritisieren. Die von jüdischer Seite seit mehr als 65 Jahren penetrant betriebene Schuldanklage und die ewige jüdische Opfertümelei muss sich kein Deutscher gefallen lassen.“

Mit „Wortgewandt“ liefert die Parteispitze ein paar Hinweise auf die Frage, was genau mit „seriöser Radikalität“ gemeint ist: Die NPD ist nicht weniger rassistisch, antisemitisch und demokratiefeindlich als in der Vor-Apfel-Zeit. Nur das Braunhemd bleibt im Schrank.

Kameradschaften/Autonome Nationalisten

Sie organisieren Demonstrationen, verbreiten ihre Propaganda per Internet, Flugblatt oder Flyer, gedenken in ihren internen Saalveranstaltungen ihrer ideologischen Vorfahren aus den 20er bis 40er-Jahren des vorigen Jahrhunderts; sie schikanieren ihre Gegner und werden gewalttätig. Nicht wenige von ihnen horten auch Waffen für den Straßenkampf: In „Kameradschaften“ ist der überwiegende Teil der insgesamt rund 6000 Neonazis zusammengeschlossen, der sich nicht der NPD anschließen mag. Knapp 160 „Kameradschaften“ gibt es bundesweit, sagt der Verfassungsschutz. Andere Schätzungen veranschlagen höhere Zahlen. Tatsächlich existieren in der Mehrzahl der Großstädte und Landkreise Neonazistrukturen.

Sie sind unter verschiedenen Namen unterwegs: mal als „Nationaler Widerstand“ oder „Freie Nationalisten“, mal als „Freies Netz“ oder „Freie Kräfte“, mal als „Freundeskreis“ oder „Nationale Sozialisten“, mal nennen sie sich „Autonome Nationalisten“.

»Rechtsextremismus ist eine Realität, die Demokratinnen und Demokraten niemals als Normalität betrachten dürfen. Dabei gilt: Zehn mal wichtiger als Aussteigerprogramme für Neonazis sind Maßnahmen, die den Einstieg in die Szene verhindern helfen.«

Gemeinsam ist ihnen, dass sie sich lokal oder regional organisieren – und möglichst ohne von außen erkennbare Strukturen. Ihre Initiatoren wollten die Lehre ziehen aus den Verboten einiger neonazistischer Organisationen zu Beginn der 1990er-Jahre. Keine Satzung, kein Kassierer, kein Vorstand, keine formalen Beitrittserklärungen: eine „Organisierung ohne „Organisation“. Wer so arbeitet, so die Überlegung, kann auch nicht nach Parteien- oder Vereinsrecht verboten werden. Und nebenbei sollte die Hemmschwelle zumal für Jüngere gesenkt werden. „Ich verstehe freien Nationalismus als eine innere Haltung, die sich grundsätzlich unterscheidet von lebensfremden Parteikonventionen, muffiger Vereinsmeierei und rechtem Spießbürgertum“, hieß es in einem „Leitfaden“ für „Freie Nationalisten“.

Sebastian Edathy, MdB
Vorsitzender des NSU-Untersuchungsausschusses

„Politische Soldaten“

Isoliert arbeitet diese aufgesplittert wirkende Szene freilich nicht. In einigen Regionen haben sich Dachorganisationen gebildet, die als „Aktionsbüro“, „Aktionsgruppe“, „Aktionsgemeinschaft“ oder ebenfalls als „Freies Netz“ daherkommen. Und selbst wo solche Gremien für eine Koordinierung fehlen, ist für eine Vernetzung gesorgt. „Führungskräfte“, wie im Jargon der Szene die leitenden Leute genannt werden, organisieren informell den Austausch untereinander und die Koordinierung der Arbeit.

Ideologisch komplett einheitlich orientiert sich die Szene nicht. Zwar dient bis auf ganz wenige Ausnahmen die Doktrin des Nationalsozialismus als Leitlinie. Doch dabei gibt es Spielräume. Manchen ist strikt Adolf Hitler und sein „Mein Kampf“ oberstes Gebot; andere schwören eher auf „linke“ Positionen innerhalb der NSDAP, wie sie etwa durch die Brüder Strasser oder SA-Führer Ernst Röhm repräsentiert wurden. Unabhängig davon sehen sich jene Neonazis als „politische Soldaten“, wähen sich in einer „Kampfzeit“ wie die NSDAP in den 1920er oder frühen 1930er-Jahren vor der Übernahme der Macht.

„Dann ist Deutschland wieder erwacht“

Gemeinsam ist ihnen die Distanz zur Parteiarbeit. Von Formalien, von Gremien mit Tages- und Geschäftsordnungen halten sie wenig. Ebenso wie von den taktischen Zwängen, die Parteiarbeit mit sich bringt. Während die NPD aus Angst vor einem Verbot und um die Aussichten bei Wahlen zu verbessern, in ihrer Mehrheit versucht, allzu forsche öffentliche Bekenntnisse zum Nationalsozialismus zu vermeiden, üben die



„parteilosen“ Neonazis weniger Zurückhaltung. Wo die NPD gleichrangig auf den „Kampf um die Straße, den „Kampf um die Köpfe“, den „Kampf um die Parlamente und den „Kampf um den organisierten Willen“ setzt, wollen sich die „Parteilosen“ vor allem auf der Straße durchsetzen. Vorbild ist ihnen auch dabei die NSDAP der „Kampfzeit“. Dieter Riefing, einer ihrer „Führungskräfte“ aus Niedersachsen und seit mehr als zwei Jahrzehnten in der Szene aktiv, skizzierte den Weg zur Macht so: „Wenn wir es geschafft haben, wirklich alle in der nationalen Opposition zu vereinigen, unter welchem Vorzeichen auch immer, dann wird es wie einst einen Sternmarsch nach Berlin geben, und dann wird uns keiner dieser Hochverräter mehr entkommen. Dann wird jede Ausfallstraße gesperrt sein, Barrikaden werden stehen. Dann ist Deutschland wieder erwacht. Was gut ist kommt wieder und wir sind schon da.“ Ziel sei die „Wiederherstellung des Deutschen Reiches [...]“. Daran wird niemand vorbeikommen“.

Auch wenn manche der „Freien“ Parteien prinzipiell ablehnen und die NPD gar zu den hassenswerten „Systemparteien“ rechnen, kommt es immer wieder zu Kooperationen – zum gegenseitigen Vorteil. Neonazis ohne Parteibuch unterstützen die NPD im Wahlkampf, umgekehrt dürfen sie auf eine – auch materielle Hilfe der Partei bauen, zum Teil sogar – wie in Mecklenburg-Vorpommern, wo Partei und „Parteilose“ besonders eng verbandelt sind – auf Landtagsmandate.

„Schwarzer Block der „Autonomen Nationalisten“

Im braunen Alltagsleben der Kameradschaften ist ein Parteienstatus aber eher hinderlich. Geprägt ist dieser Alltag durch verbale Aggressivität und Militanz. Der Verfassungsschutz registriert eine wachsende Zahl gewaltbereiter Rechtsextremisten von mehr als 10.000. Bei Demonstrationen lebt die Szene ihre Gewaltphantasien aus, wenn beispielsweise „Ein Baum, ein Strick – ein Judengenick“, „Linkes Gezeter – neun Millimeter“ oder „Ein Hammer, ein Stein – ins Arbeitslager rein“ skandiert wird. 167 Neonazi-Demonstrationen wurden 2011 gezählt – ohne die Veranstaltungen der NPD. Drei Demonstrationen im Durchschnitt pro Woche beziehungsweise Wochenende. Tendenz steigend.

Für eine zusätzliche Radikalisierung der Szene sorgten im letzten Jahrzehnt so genannte „Autonome Nationalisten“ (AN). Ab 2003 bildeten sie sich aus der Szene heraus, zunächst vor allem in Berlin, später im östlichen Ruhrgebiet, anschließend in vielen Großstadtreionen, dann mit Verzögerung auch in manchen ländlichen Regionen. Bei Aufmärschen wurde nun nicht mehr nur der Konflikt mit politischen Gegnern gesucht, sondern auch mit der Polizei. Optisch erinnerten die Rechts-„Autonomen“ an ihre Gegner aus der linken Szene. Schwarze Jacken, schwarze Kapuzenpullover, schwarze Basecaps, Tücher zur Maskierung, Sonnenbrillen bei jedem Wetter gehörten zum Outfit bei den eigenen Aktionen. Transparente dienten nicht nur der Propaganda, sondern auch als Mittel, um den „Schwarzen Block“ zu tarnen. Auch die Idee eines „Schwarzen Blocks“ hatte man sich linksaußen entliehen. Revolutionäres Pathos kennzeichnete die wenigen – soweit überhaupt vorhanden – inhaltlichen Stellungnahmen der „Autonomen Nationalisten“. Eine breite Öffentlichkeit nahm das Phänomen „Autonome Nationalisten“ erstmals wahr, nachdem es am 1. Mai 2008 bei einem Aufmarsch der Szene in Hamburg zu massiven Attacken auf Polizeibeamte,

Journalisten und Gegendemonstranten gekommen war. Szeneintern war schon in den Jahren zuvor sehr kontrovers diskutiert worden.

Konspirativ vorbereitete Aktionen erinnern an SA-Aufmärsche

Scharf trennen lassen sich „Autonome Nationalisten“ und solche, die sich an den älteren „Kameradschaften“ orientieren, heute nicht mehr. Nicht-„autonome“ Gruppen haben längst bei öffentlichen Aktionen den neuen Style der „Autonomen Nationalisten“ übernommen. Andererseits haben Rechts-„Autonome“ bei allen Versuchen, die Szene zu „modernisieren“, doch nie auf die ideologische Grundausstattung der Szene verzichtet – sprich auf die Orientierung am historischen Nationalsozialismus. „Autonome Nationalisten“ und Kameradschaftler alter Schule sind kaum noch zu unterscheiden. Einer, der mit der AN-Szene in Berlin besonders eng verbunden war, hat es sogar in der Hauptstadt bis zum Landesvorsitzenden der NPD gebracht.

Neonazis aller Schattierungen finden sich heutzutage wieder bei den Versuchen, neue Aktionsformen zu entwickeln. Dazu gehören zum Beispiel die Aktionen so genannter „Unsterblicher“. Seit dem Frühjahr 2011 sind Neonazis in Deutschland unter diesem Label bei semi-öffentlichen Aktionen unterwegs. Die Masche ist fast immer die gleiche. Im Schutz der Dunkelheit ziehen sie unangemeldet, weiße Gesichtsmasken tragend und mit Fackeln sowie Feuerwerkskörpern ausgestattet, durch die Straßen. Bevorzugt werden dabei kleinere Städte oder Stadtteile ausgewählt, die von einer größeren Anzahl von Polizeikräften möglichst nicht rasch zu erreichen sind. Nach 20 oder 30 Minuten endet das Spektakel bereits. Wenn die Polizei erscheint, sind die Neonazis im – für sie optimalen Fall – schon wieder von der Bildfläche verschwunden. Wichtig ist nicht so sehr der Propagandaerfolg am Tag der Aktion selbst. Wichtig ist die Verbreitung per Internet und über soziale Netzwerke, ohne die wohl fast jede Resonanz, abgesehen von kurzen Meldungen in der Lokalzeitung, ausbliebe. Und wichtig ist das Ereignis für die Teilnehmer selbst, die sich am konspirativ vorbereiteten Erfolg von Aktionen erfreuen können, die an SA-Aufmärsche erinnern.

Vor Verboten nicht geschützt

Zumindest ein Teil der Szene muss sich nicht nur auf die Suche nach neuen Aktionsformen machen, sondern auch auf die Suche nach neuen Organisationsformen. Vor allem im Jahr 2012 verlor die Neonazi-Bewegung einige ihrer wichtigen Strukturen. In Brandenburg wurde die „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ verboten, die den Anstoß für die „Unsterblichen“-Aktionen gegeben hatte, in Nordrhein-Westfalen traf es die „Kameradschaft Walter Spangenberg“ in Köln, den „Nationalen Widerstand Dortmund“, die „Kameradschaft Hamm“ sowie die „Kameradschaft Aachener Land“, in Niedersachsen die Neonazi-Gruppe „Besseres Hannover“. Empfindlich getroffen wurde die Szene auch durch eine Razzia gegen Mitglieder des „Aktionsbüros Mittelrhein“, die sich u. a. wegen der Bildung und der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung vor Gericht verantworten müssen.

Die Erwartung, man sei als „Organisierung ohne Organisation“ vor Verboten geschützt, hat in vielen Fällen getrogen. Was für die Szene die Frage aufwirft, wie man weitermacht: als Kameradschaft wie bisher, nur noch konspirativer? Trotz aller Abneigung gegen Parteien: doch unter dem Dach einer solchen? Und falls ja: welcher? Die NPD böte sich in manchen Regionen dafür an, in anderen eine neue Partei, die der bekannte Neonazi Christian Worch Ende Mai 2012 ins Leben gerufen hatte: „Die Rechte“. Verschwinden werden die Neonazis so oder so nicht.

Neue Partei: „Die Rechte“

Gegründet wurde „Die Rechte“ Ende Mai 2012 unter anderem von dem bekannten, überregional aktiven Neonazi Christian Worch, der den Vorsitz übernahm. Er präsentierte „Die Rechte“ zunächst als eine Partei, die quasi in der Nachfolge der zuvor in der NPD aufgegangenen „Deutschen Volksunion“ (DVU) stehe. Das Programm sei „ergänzt und modernisiert“ von der alten DVU übernommen worden, positionieren wolle man sich zwischen NPD und „Pro-Bewegung“.

Zweifel an der Darstellung, es handele sich um eine Partei, die programmatisch und im öffentlichen Auftritt „gemäßigter“ sei als die NPD, wurden rasch laut, insbesondere wegen der Person Worchs, der seit Ende der 1970er-Jahre in der Neonazi-Bewegung aktiv ist. Insbesondere mit militanten Neonazis und „Autonomen Nationalisten“ arbeitete er eng zusammen.

Neonazis unter dem Schutz des Parteienprivilegs

Tatsächlich traten der neuen Partei nach dem Verbot der Neonazi-Gruppen „Nationaler Widerstand Dort-

mund“ und „Kameradschaft Hamm“ im Herbst 2012 führende Vertreter aus deren Reihen bei. Mindestens drei von ihnen wurden in den fünfköpfigen NRW-Landesvorstand gewählt. Die Anführer beider Gruppen sind seit Oktober 2012 als Beisitzer im Bundesvorstand aktiv. Zumindest regional bietet „Die Rechte“ führenden Kräften der militanten und „autonomen“ Neonaziszene, deren Organisationen verboten worden sind, die Möglichkeit, unter dem Schutz des Parteienprivilegs ihre Arbeit fortzusetzen.

Zur Bundestagswahl 2013 will „Die Rechte“ nicht antreten. Ihr Vorsitzender Christian Worch fasst stattdessen eine Kandidatur bei der Europawahl im Jahr darauf – dann ohne hinderliche Fünf-Prozent-Hürde – in den Blick.

Feldzug gegen den Islam: Die „Pro-Bewegung“

Abseits des mehr oder weniger deutlich neonazistisch orientierten Rechtsextremismus formiert sich eine Szene, die bewusst auf alle Reminiszenzen an NSDAP und SA verzichtet und sich von ihnen verbal abgrenzt. Die zumindest regional wichtigste Gruppe in diesem Spektrum ist die „Bürgerbewegung pro NRW“. Sie versucht, sich durch Bündnisse über ihr „Stammland“ Nordrhein-Westfalen hinaus auszudehnen. NPD und „Kameradschaften“ bezeichnet sie als „NS-Narrensaum“, mit dem man nichts zu tun habe. Nicht wenige ihrer führenden Repräsentanten entstammen freilich selbst diesem „Narrensaum“ oder unterhielten bis in die jüngste Vergangenheit Kontakte dorthin.

Von sich reden macht die rechtspopulistische, angebliche „Bürgerbewegung“ bevorzugt durch „spektakulär“ inszenierte Aktionen gegen eine angeblich drohende Islamisierung bzw. Überfremdung durch Muslime. Vor dem Hintergrund der dünnen organisatorischen Basis sind die „pro“-Gruppierungen bei ihrem Feldzug gegen den Islam auf eine große mediale Wirkung ihrer Aktionen angewiesen. Eine größtmögliche provokative Wirkung soll helfen. 2008 und 2009 dienten „pro NRW“ so genannte „Antiislamisierungskongresse“ in Köln als Mittel zum Zweck. Im Landtagswahlkampf 2012 provozierte die angebliche „Bürgerbewegung“ mit einer Kundgebungsserie vor zwei Dutzend Moscheen, bei denen „pro NRW“-Wahlkämpfer so genannte „Mohammed-Karikaturen“ in die Luft reckten. Gewalttätige Gegenaktionen islamistischer Salafisten nahm man nicht nur in Kauf – sie fügten sich gar in die Propagandainszenierung der Rechtspopulisten ein und schienen ihnen Recht zu geben. Auf eine größtmögliche Provokation zielte im September 2012 auch die Ankündigung von „pro D“ ab, den antiislamischen Schmähdokumentarfilm „The Innocence Of Muslims“ öffentlich in Berlin vorführen zu wollen. Bereits die Ankündigung reichte aus: In kaum einer Zeitung und bei kaum einem TV-Sender blieb „pro D“ unerwähnt.

Als Vorbild dienten und dienen der „Bürgerbewegung“ erfolgreiche rechtspopulistische Gruppen in anderen europäischen Ländern, insbesondere die Schweizerische Volkspartei (SVP), Geert Wilders Partij voor de Vrijheid (PVV) in den Niederlanden, die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) oder der im flämischen Teil Belgiens aktive Vlaams Belang (VB). Was dort bei Wahlen möglich ist, so die Hoffnung der „pro“-Spitze, müsse auch in Deutschland möglich sein.

Zentrales Feindbild ist die multikulturelle Einwanderungsgesellschaft

„Eigen volk eerst“ („Das eigene Volk zuerst“) ist das Leitmotiv des VB, an dem sich auch „pro“ orientiert. Zum „eigenen Volk“ gehört in der Logik der Parteifunktionäre nicht, wer an eine „fremde“ Religion glaubt. Ihre ersten kommunalen Erfolge erzielte die angebliche „Bürgerbewegung“ in Köln. Über Jahre führte sie dort eine Kampagne gegen den Bau einer Moschee im Stadtteil Ehrenfeld. Sie trug dazu bei, dass „pro Köln“ zweimal der Sprung in Fraktionsstärke in den Rat der größten Stadt in NRW gelang. Zentrales Feindbild ist aber nicht nur eine Moschee, sondern die multikulturelle Einwanderungsgesellschaft an sich. Getarnt ist das Ganze als „Kritik am Islamismus“, der in der Parteipropaganda zumeist mit dem Islam gleichgesetzt wird.

Andere Themen, die in das Raster „Das eigene Volk zuerst“ passen, kamen hinzu. Die „pro“-Gruppierungen haben beispielsweise eine Kampagne gegen den Euro und die Europäische Union gestartet. Auch hohe Benzinpreise nahm „pro NRW“ zum Anlass für eine eigene Kampagne. Mit solchen Themen versucht die rechtspopulistische Partei an Stimmungen anzuknüpfen, die in Deutschland eine Basis haben, die, wie verschiedene Untersuchungen gezeigt haben, deutlich größer ist als das Potenzial extrem rechter Gruppierungen.

Kommunalpolitiker demokratischer Parteien werden diffamiert

Dabei suggeriert die „Bürgerbewegung“ schon mit dieser Namensgebung, sie sei die eigentliche Vertre-



terin der Steuern zahlenden „Normalbürger“, die – von Europa über Bundes- und Landesebene bis hin zur Kommune – durch Bürokraten und etablierte Parteien drangsaliert werden. „Ihr da oben – wir da unten“ ist das Leitmotiv. In der Lokalpolitik zum Beispiel geht es gegen Blitzgeräte, Klüngel und Kriminalität, die häufig als Ausländerkriminalität dargestellt wird und gegen die zu wenig unternommen werde. Kommunalpolitiker demokratischer Parteien werden diffamiert, indem ihnen unterstellt wird, sie engagierten sich vorwiegend zur „Lösung der eigenen sozialen Frage“, wie der „pro NRW“-Vorsitzende Markus Beisicht in einer seiner immer wiederkehrenden Redewendungen behauptet.

Zurzeit besteht die so genannte „Pro-Bewegung“ aus drei Gruppen. Ihren Ursprung hatte sie in der 1996 gegründeten Vereinigung „pro Köln“, die aus der rechtsextremen „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ heraus entstand. „Pro Köln“ gelang 2004 erstmals mit 4,7 Prozent der Einzug in den Rat der Domstadt, anfangs mit vier Mitgliedern, später wechselte ein ehemaliger „Republikaner“ zur „pro Köln“-Fraktion. 2009 verbesserte sie ihr Ergebnis leicht auf 5,4 Prozent, was wiederum fünf Mandate bedeutete.

Anfang 2005 gründete „pro Köln“-Ratsmitglied Manfred Rouhs die „Bürgerbewegung pro Deutschland“. Ziel war die Übertragung des Kölner „Erfolgsmodells“ auf andere Kommunen und Regionen bundesweit. Bisher blieb der Erfolg aber aus. „Pro D“ unterhält lediglich in Berlin einen eigenen Landesverband. Die Mitgliederzahl der Partei betrug laut dem Rechenschaftsbericht Ende 2010 gerade einmal 256.

Politische Biografien in rechtsextremen Parteien

2007 bildete sich aus der „Bürgerbewegung pro Köln“ heraus die „Bürgerbewegung pro NRW“. Ihr Ziel war nicht eine bundesweite Ausdehnung, sondern eine Etablierung zunächst in Nordrhein-Westfalen. Bei der Kommunalwahl 2009 gelang ihr der Sprung in mehrere Räte von Großstädten (Leverkusen, Bonn, Gelsenkirchen, als „pro Köln“ in Köln) sowie in vier Kreistage. Bei den Landtagswahlen 2009 und 2012 verfehlte „pro NRW“ den Einzug ins Düsseldorfer Parlament sehr deutlich, schnitt aber besser als die NPD ab. Insbesondere von ihren Kommunalparlamentariern und in den Fraktionsbüros in Köln und Leverkusen werden die Aufbaumühnungen der Partei vorangetrieben. Laut dem letzten verfügbaren Rechenschaftsbericht zählte „pro NRW“ Ende 2010 genau 916 Mitglieder.

Viele Spitzenfunktionäre der „Pro-Bewegung“ haben eine Vergangenheit in rechtsextremen Gruppierungen und Parteien. Markus Beisicht, der Vorsitzende der „Bürgerbewegung pro Köln“ und der „Bürgerbewegung pro NRW“, war früher bei den „Republikanern“ und der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLHV) aktiv. „Pro D“-Chef Manfred Rouhs war u. a. Mitglied der NPD, der „Jungen Nationaldemokraten“, der „Republikaner“ und der DLVH.

Auch unterhalb der obersten Führungsebene sind politische Biografien in anderen rechtsextremen Parteien keine Seltenheit. „Pro Deutschland“ zog mit Ex-DVUlern in den Wahlkampf zum Berliner Abgeordnetenhaus. „Pro NRW“ hatte respektive hat Ratsmitglieder in den eigenen Reihen, die für DVU bzw. NPD in die Kommunalparlamente gewählt wurden.

Dünne Personaldecke

Das Bundesamt für Verfassungsschutz führt „pro NRW“ in seinem Bericht für 2011 im Kapitel über den Rechtsextremismus als „Verdachtsfall“ auf. Der NRW-Verfassungsschutz beobachtet „pro Köln“ und „pro NRW“, „weil bei diesen Gruppierungen tatsächliche Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Bestrebung vorliegen“.

Bisher war die „Pro-Bewegung“ weder in Berlin noch in NRW bei Wahlen auf Landesebene erfolgreich. Die „pro“-Parteien leiden unter einer dünnen Personaldecke, einer angespannten Finanzlage, einer jenseits populistischer Parolen weitgehenden programmatischen Leere, unter der kritischen Betrachtung der Medien und schließlich unter der Tatsache, dass ihnen zugkräftige Spitzenkräfte fehlen. Beruhigen kann das nicht angesichts aktueller Studien, die in der Bevölkerung beispielsweise ein Maß an Islamfeindlichkeit belegen, das über aktuelle Wahlergebnisse rechtsextremer bzw. rechtspopulistischer Gruppen weit hinausreicht. „Die Zustimmung zur Aussage ‚Araber sind mir unangenehm‘ macht mit einem Zuwachs von 44,2 Prozent in unserer Erhebung aus dem Jahr 2003 auf 55,4 Prozent im Jahr 2010 die breite Akzeptanz dieses Ressentiments in der deutschen Bevölkerung sichtbar“, heißt es in einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung von 2010. Islamfeindlichen Aussagen haben in der Erhebung von 2012 nahezu 60 Prozent der Befragten zugestimmt.

Weitere rechtspopulistische Parteien und Gruppen

Bundesweite Bedeutung haben „pro NRW“ und „pro Deutschland“ nicht. Lediglich in Nordrhein-Westfalen und Berlin sind beide Parteien – auch dort personell schwach aufgestellt – aktiv. Ihre Parteispitzen bemühen sich um die Zusammenarbeit mit anderen rechten Gruppen zwischen der Union und der NPD, die ihrerseits nicht in der Lage sind, deutschlandweit Aktivitäten zu entfalten. Insbesondere die „Republikaner“, „Die Freiheit“, die „Bürgerbewegung Pax Europa“, die „German Defence League“ sowie zur publizistischen Flankierung die Internetplattform „Politically Incorrect“ stehen dabei im Mittelpunkt. Nicht bei all ihren Anhängern stößt das Werben um Zusammenarbeit auf Zustimmung. Als Thema eint sie vor allem die Abneigung gegen den Islam, getarnt häufig als Kampf gegen Islamismus.

Die „Republikaner“ (REP), 1983 gegründet und einst mit Abgeordneten im Europaparlament und zwei Landtagen vertreten, verlieren seit Ende der 1990er-Jahre mehr und mehr an Bedeutung. Bei der Bundestagswahl 2009 erreichten sie gerade einmal 0,4 Prozent. Die Zahl der Mitglieder lag Ende 2010 etwas unter 6000. In der Spitze waren es in den 1990er-Jahren 23.000. Nachdem Parteichef Rolf Schlierer lange Zeit eine Zusammenarbeit mit den „pro“-Gruppen deutlich abgelehnt hatte, äußerte er sich zuletzt positiver. Über einige wenige gemeinsame Aktionen ist die Kooperation aber bisher nicht hinausgekommen. Attraktiv erscheint anderen Gruppen der extremen Rechten eine Kooperation, da die Partei immer noch von der staatlichen Parteienfinanzierung partizipiert. 2010 kassierten die REPs 1,4 Millionen Euro.

„Die Freiheit“ (DF) bildete sich im Herbst 2010. Vorsitzender ist Rene Stadtkewitz, der zuvor der CDU angehörte. Bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin scheiterte die Partei 2011 mit knapp einem Prozent deutlich. Auch der Sprung in die staatliche Parteienfinanzierung gelang nicht. Im Vorfeld der Wahl orientierte sich die Partei vor allem an der niederländischen Partij voor de Vrijheid von Geert Wilders und der Schweizerischen Volkspartei. Der Islam und die Integration sowie Kriminalität waren ihre Themen. Nach eigenen Angaben zählte die Partei im September 2011 rund 2.200 Mitglieder. Die Zahl soll sich seither aber etwa halbiert haben. „Liberalere“ Kräfte verließen die Partei, typische Rechtspopulisten bestimmen immer mehr die Wahrnehmung der Partei. Aktiv ist die „Freiheit“ aktuell vor allem in Bayern und Berlin. Eine Zusammenarbeit mit „pro“ lehnt die Parteimehrheit ab.

Fest verankert im Lager der Islamhasser

Als Organisationsangebot für jüngere und aktivistischere Kräfte tritt die „German Defence League“ (GDL) auf. Ihre Mitglieder erinnern zuweilen optisch an das Auftreten „Autonomer Nationalisten“. Allerdings grenzt sich die Gruppe von Neonazis ab. Die GDL orientiert sich am Vorbild der „English Defence League“ (EDL), die sich Ende des vorigen Jahrzehnts aus der rechts orientierten britischen Hooligan-Szene heraus entwickelte.



Bekannt wurde die EDL durch provokative Aktionen, die nicht selten in Gewalt mündeten. Gegliedert ist sie in Deutschland in „Divisionen“. Der Kölner Divisions-Leiter notierte in einem Schreiben an den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Karlsruhe habe das „Todesurteil für Ihr eigenes Volk“ gesprochen und „ein Verbrechen begangen“. Das Gericht habe es mit zu verantworten, „wenn die vollkommen natürliche Wut der Menschen in diesem Land hochkocht und es Unruhen gibt“. Für die GDL, so schrieb ihr Funktionär, trete „nun das Widerstandsrecht nach Art. 20/4 GG in Kraft“.

Im Lager der Islamhasser fest verankert ist auch die „Bürgerbewegung Pax Europa“ (BPE). Zugleich versucht sie den Eindruck von Seriosität und demokratischer Lauterkeit zu vermitteln. Daraus resultiert auch die von einer Mehrheit unterstützte Ablehnung einer Zusammenarbeit mit „pro“-Gruppierungen. Die BPE organisiert unter anderem „Mahnwachen“ gegen den Bau von Moscheen. Verbindungen bestehen zur Partei „Die Freiheit“ und zur Internetseite „Politically Incorrect“. Wegen des „zunehmend extremistischen Kurses“ verließ ein Mitbegründer den Verein bereits kurz nach seiner Gründung.

Als „Zentralorgan der Islamhasser“ wird zuweilen „Politically Incorrect“ (PI) bezeichnet. Nach eigenen Angaben hat die 2004 gegründete Internetseite bis zu 75.000 Besucher pro Tag. PI-Texte greifen Themen auf, die sich in ein islamfeindliches Weltbild fügen und berichten über Aktionen rechtspopulistischer Organisationen. Deutlicher noch als die Autoren dieser Texte werden die Leser in ihren eigenen, von PI veröffentlichten Stellungnahmen. In einigen Städten arbeiten personell überschaubare „PI-Gruppen“, die eigenständig kleinere Aktionen organisieren. In die Schlagzeilen geriet PI verstärkt, nachdem der Rechts-extremist Anders Behring Breivik im Sommer 2011 in Norwegen 77 Menschen ermordet hatte. Breivik sei „jemand, der Eier in der Hose hat und nicht nur geredet hat, sondern auch zur Tat griff“, hieß es in einem internen Skype-Chat der PI-Macher.

.....

Kampagnen im Netz

Facebook-Seiten gegen „Kinderschänder“, Twitter-Dienste, die live von Demonstrationen berichten, YouTube als Abspielstation für Rechtsrock: Neonazis sind längst im Web 2.0 angekommen. Die interne Kommunikation wird weiter erleichtert. Und: Soziale Netzwerke werden zur bevorzugten Rekrutierungsplattform.

Neu ist es nicht, dass Neonazis die jeweils modernsten Kommunikationsformen nutzen. „Nationale Info-Telefone“, Mailbox-Systeme, die ersten Homepages, die heute reichlich antiquiert wirken, später die Nutzung effektiver Verschlüsselungsmethoden von Rechnern und Mail-Verkehr: Die Entwicklung der braunen Szene weg von starren überregionalen Organisationen hin zu autonomen Kameradschaften wäre in den vergangenen zwei Jahrzehnten ohne die Nutzung solcher Techniken nicht denkbar gewesen.

Das Web 2.0 bietet noch einmal neue Möglichkeiten. Beim Versuch, Nachwuchs zu rekrutieren, fallen Hemmschwellen weg. Facebook, YouTube, Twitter, Blog-Angebote bringen Neonazis näher zu ihrer potenziellen Klientel, jungen Leuten vor allem. Neonazi-Propaganda ist dort zu finden, wo Jugendliche ohnehin unterwegs sind, ob bei Facebook oder bei YouTube. Und manchmal ist solche Propaganda erst auf den genaueren, zweiten Blick zu erkennen. Der nächste Sprung hat sich längst vollzogen: Apps für das Smartphone. In der Szene beliebte Computerspiele lassen sich so herunterladen oder etwa „Mein Kampf“ als E-Book. Neonazis und einzelne NPD-Gliederungen nutzen zudem QR-Codes, die – über die Kamera ins Smartphone eingelesen – zu deren Internetseiten führen.

Beispiele für die Gestaltung eines Eintrages in den sozialen Medien:

Rechts-Autonomer

Profil-Name: Lena Gnls (= „Good night left side“), Frei sozial und national, Manuel Erlebnisorientiert, Kay Still Loving Germany, NW Lübeck (= „Nationaler Widerstand“)

Typische Slogans auf dem Profil: „Nationaler Sozialismus“, „nationaler schwarzer Block“, „Anti-Antifa“, „Umweltschutz ist Heimatschutz“, „Good night left site“

Auf dem Profilbild: ver mummt, autonomer Look mit Kapuzenpulli, Sonnenbrille und „Pali“-Tuch oder Liebblingssymbole

Liebblingssymbole: Schwarze Fahne der NSBA („Nationale Sozialisten Bundesweite Aktion“), geklaute Anti-Rechts-Aktionen, die umgedeutet werden („Kein Bock auf Israel“ statt „Kein Bock auf Nazis“ u.a.)

Liebblingsmusik: Hardcore, Metal, N'Socialist Soundsystem, Frei.Wild, KrawallBrüder, Dee Ex, Makss Damage

Liebblingslektüre: Der Blog Widerstand, logr-Blogs der zahlreichen AN-Gruppierungen, Spreelichter

Liebblingfilme: Braveheart, 300, Der Patriot

Liebblingszitate: „Klagt nicht, kämpft!“

Neonazi (männlich)

Profil-Name: „Wehrmacht“, „Adolf88“, „Odins Rache“, „Frei Stolz“, „Eiserne Wölfin“, „Eva Braun“, „Frank Judenfeind“

Typische Slogans auf dem Profil: Zahlencodes, Pinnwandeinträge enden mit „grüSse“ oder „...“, „Kamerad“, „Deutscher Widerstand“, „Nationalsozialist“, „Meine Ehre heißt...“, „Mein Herz schlägt deutsch“

Auf dem Profilbild: martialische Posen, Tätowierungen, NS-Symbole, T-Shirt mit expliziten Szenecodes, NS-Täter/innen

Lieblingssymbole: Hakenkreuze, SS-Rune, Keltenkreuz

Lieblingsmusik: Lunikoff, Skrewdriver, Kategorie C, Sleipnir, Frank Rennicke, Gigi und die braunen Stadtmusikanten, Sturm 18

Lieblingslektüre: Altermedia, Deutschland-Echo, lokale Kameradschafts-Blogs und -Websites

Lieblingsfilme: Kolberg, 300, Braveheart,

Lieblingszitate: „Wenn Recht zu Unrecht wird, dann wird Widerstand zur Pflicht!!“ (Bertholt Brecht); „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen!!!“; „Ich bereue nichts. Stünde ich wieder am Anfang, würde ich wieder handeln wie ich handelte, auch wenn ich wüßte, daß am Ende ein Scheiterhaufen für meinen Flammentod brennt. Gleichgültig, was Menschen tun, dereinst stehe ich vor dem Richterstuhl des Ewigen, ihm werde ich mich verantworten und ich weiß, er spricht mich frei.“ (Schlusswort von Rudolf Heß vor dem Internationalen Militärtribunal 1946)

Neonazi (weiblich)

Profil-Name: Leni Sonnenrad, Nessa Odin, Anita Behaltfürmi, Eiserne Wölfin, Fräulein Krawallarrogant

Typische Slogans auf dem Profil: „Todesstrafe für Kinderschänder“, „Härtere Strafen für Frauenvergewaltiger“, „Keine Burka! Keine Sharia! Keine Minarette!“, „Nationalismus ist auch Mädelsache“, „Gegen Gender-Mainstreaming“, „Opa war in Ordnung“, RNF („Ring Nationaler Frauen“), GDF („Gesellschaft Deutscher Frauen“)

Auf dem Profilbild: die Frau mit wenig Kleidung an, damit man die Tattoos sieht; gemeinsam mit ihrem Freund oder mit ihrem Kind; verummmt /unkennlich gemacht (wenig preisgebend)

Lieblingsbilder: Motive gegen „Kinderschänder“ oder „Sexualstraftäter“, wahlweise mit anrührenden Kinderbildern oder Galgen für die Täter; Fotos der eigenen Kinder oder Tattoos; Germanisch-Mythisches wie Sonnenräder, Keltenkreuze

Lieblingsmusik: Annett Müller, Sleipnir/Raven, Dee Ex

Quelle: Amadeu-Antonio-Stiftung (Hrsg.), Zwischen Propaganda und Mimikry. Neonazi-Strategien in Sozialen Netzwerken, Berlin 2011

Tweets über Polizeibeamte im Einsatz

Zuletzt stagnierte die Zahl klassischer rechtsextremer Internetseiten, beobachtete jugendschutz.net, eine Einrichtung, die 1997 von den Bundesländern gegründet wurde, um jugendschutzrelevante Angebote im Internet im Auge zu behalten. Eine Stagnation freilich auf hohem Niveau: 1.671 rechtsextreme Websites zählte jugendschutz.net 2011. Im Jahr zuvor waren es noch 1.707. Stattdessen würden zunehmend Mitmachnetze genutzt, um für Szeneereignisse zu mobilisieren, Jugendliche anzusprechen und neue Materialien zu verbreiten: „In vielen Fällen haben Beiträge bei Facebook und YouTube klassische Websites komplett abgelöst“, hat jugendschutz.net beobachtet.

Die alten, statisch wirkenden Internetseiten wurden häufig durch moderne Blogsysteme abgelöst. Oft sind solche Angebote bei Providern im Ausland gehostet, um noch anonym und „sicherer“ vor Strafverfolgung im Inland agieren zu können.

Noch aktueller als mit diesen Blogs verbreitet die Szene ihre Informationen per Twitter. 2011 zählte jugendschutz.net 141 Twitter-Kanäle, fast doppelt so viele wie im Jahr zuvor (73). Bei Demonstrationen gibt es getwitterte Live-Berichte, bis hin zur Angabe, auf welchem Bahnsteig sich gerade ein Scharmützel mit der Polizei oder Gegendemonstranten anbahnt. Während des Prozesses wegen der Randal-Aktionen am 1. Mai 2009 in Dortmund schickten Neonazis im Abstand weniger Minuten Tweets live aus dem Gerichtssaal. Ungefährlich ist das nicht. Beispielsweise wenn mitgeteilt wird, wann ein Belastungszeuge nach seiner Aussage das Gerichtsgebäude wieder verläßt. Neonazis aus dem Bergischen Land verbreiteten gar per Twitter die Information, wo sich „Linke“ gerade genau aufhielten – eine Einladung, genau dort einmal vorbeizuschauen. Aus Dortmund verbreiteten Neonazis im Vorfeld der Demo zum „Nationalen Antikriegstag“ Hinweise, welche Polizeibeamte gerade im Dienst waren, und nannten auch deren Namen: „Zugführer K(...) aus Münster hat heute bestimmt einen etwas unentspannteren Dienst.“



Doch nicht nur Vorgesetzte wurden so geoutet, sondern auch einfache Beamte, die auf Streife gingen und deren Telefonnummern teilweise ebenfalls angegeben wurden: „Die Kollegen S(...), W(...), F(...) & W(...) von Jupiter 27/18 haben die Nachtschicht angetreten. Willkommen in Dorstfeld.“

Mobilisierung für eigene Aktionen

Optisch ergiebiger als das nüchterne Twitter-Angebot ist YouTube, das zum wichtigen Werbeträger rechter Botschaften wurde. Die Musik von Rechtsrock-Gruppen ist dort zu finden und erreicht oft das gewünschte Publikum. „Vor allem bei stark emotionalisierten Themen waren die Zugriffszahlen hoch: Ein rechtsextremes Musikvideo zum Thema Kindesmissbrauch brachte es auf fast eine Million Klicks“, berichtet jugendschutz.net. Vor Demonstrationen und parallel zu Kampagnen der Szene werden dort Videos verbreitet. Plattformen wie YouTube bieten Neonazis vor allem den Vorteil, dass sie ihre Propaganda genau dort präsentieren, wo Jugendliche ohnehin unterwegs sind.

Dies gilt auch für Facebook. Eingesetzt wird es unter anderem zur Kommunikation innerhalb der eigenen Reihen oder zur Mobilisierung für eigene Aktionen. Regelmäßig bewerben Neonazis beispielsweise dort eigene Demonstrationen. Details der Demos werden vorgestellt, und die User können mitteilen, was sie von der Veranstaltung halten, ob sie kommen wollen und eventuell eine Mitfahrgelegenheit benötigen.

Doch die Ziele, die die extreme Rechte in den sozialen Netzwerken verfolgt, sind weiter gesteckt. Dabei geht es dann nicht mehr nur um die offene, ungetarnte Werbung in eigener Sache. „Menschenverachtende Anliegen werden häufig verschleiert, um auch (junge) Menschen außerhalb der Szene zu erreichen“, analysiert jugendschutz.net. Insbesondere mit emotional aufgeladenen Themen suchen Rechtsextremisten den Erfolg. So habe, berichten die Jugendschützer, ein einschlägiges Facebook-Profil zum Thema „Kinderschänder“ mehr als 35.000 Zustimmungen erreicht. Auf den ersten Blick sind die rechtsextremen Urheber solcher Seiten oft nicht zu erkennen. Man wolle auch Menschen außerhalb der eigenen Kreise ansprechen, „die spontan ihre Zustimmung ausdrücken und den Aktionen über ‚likes‘ und ‚shares‘ Gewicht verleihen“, so jugendschutz.net. Unauffällig Nachwuchs zu rekrutieren mit Themen wie Banken- und Finanzkrise, sexuellem Missbrauch oder islamistisch-salafistischer Gewalt ist das Ziel.

Warnung vor Verrat

Wie sehr Facebook und Twitter an Bedeutung für die Szene gewonnen haben, verdeutlicht eine Zahl. 2011 erreichten jugendschutz.net exakt 1.607 Beschwerden über rechtsextreme Inhalte im Internet. 629 Beschwerden betrafen Facebook- und YouTube-Inhalte. 2010 waren es mit 270 nicht einmal halb so viele Fälle in jenem Bereich.

Doch insbesondere bei der privaten Nutzung der sozialen Netzwerke mahnen Neonazis zuletzt verstärkt zur Vorsicht. Die Kritik an Facebook und dem Umgang des Unternehmens mit dem Datenschutz hat auch die braune Szene erreicht. Im Sommer 2012 veröffentlichten norddeutsche Neonazis „Regeln zum

Überleben“ in „feindlicher Umgebung“: „Damit Ihr nicht dieselben Fehler macht wie andere Kameraden, die aus Unwissenheit, Naivität oder Überheblichkeit meinen, das System mit Leichtigkeit zu schlagen.“ Solche Fehler werden aus ihrer Sicht unter anderem im Umgang mit dem „Fratzenbuch“, wie sie Facebook nennen, gemacht. Am besten, meinen sie, solle man es komplett meiden. „Wenn wir uns schon per Welt-netz unterhalten müssen, benutzen wir dazu nicht das Fratzenbuch, das uns belauscht und jede Information weiterverkauft.“ Doch die Autoren scheinen zu ahnen, dass die grundsätzliche Ablehnung nichts bringt. Wenn alle bei Facebook aktiv sind, wird es auch der Nachwuchs-Neonazi sein wollen. Also gilt es, wenigstens das Schlimmste zu verhüten: die höchste Sicherheitsstufe wählen, bei der Auswahl der „Freunde“ wählerischer sein, vorsichtig schreiben. „Deine Daten, die Du selber, ohne die Folgen zu bedenken, eingegeben hattest, sind eine Ware und eine Informationsquelle für Behörden und linke Täter, mehr nicht. Also wähle Deine Worte weise!“

.....

»Leider bietet das Internet Nazis beste Möglichkeiten, sich zu vernetzen und junge Leute anzusprechen. Wir brauchen dringend Ansätze, dieser Gefahr zu begegnen. Wir müssen insbesondere normale Internetuser für die Gefahr sensibilisieren.«

Daniela Kolbe, MdB
Stellv. Sprecherin der Arbeitsgruppe
„Strategien gegen Rechtsextremismus“

Propaganda mit Musik

Für manche, die heute in Neonazi-Gruppen oder rechtsextremen Parteien aktiv sind, war die Musik die „Einstiegsdroge“. Klassenkameraden drückten ihnen eine CD mit einschlägigen Klängen in die Hand, im Kinderzimmer bereits wurde die braune Kultband „Landser“ gehört, auf abenteuerlichen Wegen ging es zum ersten Neonazi-Konzert, bei dem möglich war, was außerhalb der Halle nicht denkbar wäre: der Hitler-Gruß und „Sieg Heil“-Rufe als Standard, die mitgegrölte Forderung, Judenblut müsse fließen und dem „Führer“ von einst gebühre der Nobelpreis.

Mit „Schulhof-CDs“ Erstwähler ködern

Auch die NPD versucht, auf der Rechtsrockwelle mitzuschwimmen. Seit 2004 verteilt sie in allen für sie wichtigen Wahlkämpfen so genannte „Schulhof-CDs“. Insbesondere vor weiterführenden und Berufsschulen werden von der NPD und ihrer Nachwuchsorganisation Junge Nationaldemokraten kostenlose Sampler mit Musik und Parteipropaganda verteilt, um vor allem Erstwähler zu ködern, aber auch um Anhänger oder potenzielle Mitglieder zu rekrutieren. In neun Auflagen – mit jeweils unterschiedlicher Beteiligung von Bands – sind die „Schulhof-CDs“ bisher erschienen. Auf den CDs findet sich fast alles, was in der rechtsextremen Musikszene Rang und Namen hat. Schon die Namen der Gruppen, die auf den Scheiben vertreten sind, sprechen Bände: „Sturmwehr“, „Faustrecht“, „Schlachthaus“, „Faktor Widerstand“, „Nahkampf“, „Act of Violence“, „Hassgesang“, „Frontalkraft“, „Division Germania“, „Burn Down“, „Sturmsoldat“ et cetera.

Die Titel der Scheiben sollen den Gestus des Rebellischen verbreiten und Jugendliche besonders ansprechen: „Schnauze voll? Wahltag ist Zahltag!“, „Der Schrecken aller linken Spießer und Pauker“, „Rebellion im Klassenzimmer“, „Gegen den Strom“. Zwei der von der NPD herausgegebenen Schulhof-CDs – neben der NPD veröffentlichten auch „parteilose“ Neonazis ähnliche Scheiben – wurden von der Bundesprüfstelle wegen jugendgefährdender Inhalte indiziert.

Ideologietransport durch Musik

Die NPD folgt mit diesem neuen Wahlkampfinstrument dem Gründer der legendären britischen Rechtsrock-Band „Skrewdriver“, Ian Stuart Donaldson: „Ein Flugblatt wird nur einmal gelesen, aber ein Lied wird vom tiefsten Herzen heraus gelernt.“ Rechtsrocker Donaldson wusste, dass Musik zu leisten im Stande ist, was mit Flugblättern und langatmigen Funktionärsreden kaum zu erreichen wäre. Musik berühre die jungen Leute, die von den Politikern nicht erreicht werden: „Viele finden die Politik, parteipolitisch gesehen, langweilig, was teilweise stimmt. Es ist doch viel angenehmer, mit anderen ein Konzert zu besuchen und Spaß zu haben, als in eine politische Versammlung zu gehen.“ Musik, so meinte Donaldson, der zu einem der



Köpfe des in Deutschland verbotenen Musiknetzwerks „Blood & Honour“ wurde, sei „das ideale Mittel, Jugendlichen den Nationalsozialismus näher zu bringen; besser als dies in politischen Veranstaltungen gemacht werden kann, kann damit Ideologie transportiert werden“.

Übernahme „linker“ Stilrichtungen

Knapp 180 rechtsextreme Musikgruppen waren – sei es durch Konzertauftritte oder CD-Veröffentlichungen – 2011 in Deutschland aktiv, schätzt der Bundesverfassungsschutz. Die größte braune Band-Szene existiert dabei in Sachsen und Brandenburg.

Längst vorbei sind die Zeiten, als in Neonazikreisen nur Rechtsrock im engeren Sinne gemacht und gehört wurde. Die Szene ist vielfältiger geworden. Die Skinheadfraktion gibt es nach wie vor. Doch Neonazis tummeln sich auch in anderen Bereichen, etwa beim „Black Metal“, der mit dem „National Socialist Black Metal“ (NSBM) seine Ergänzung gefunden hat. Auch Musikstile, die politisch einst eher „links“ verortet waren, werden von Neonazis gehört und gespielt: Aus dem „Hardcore“ wurde so in der Szene der NSHC, wahlweise: „National Socialist Hardcore“ beziehungsweise „National Socialist Hatecore“. Historisch neu ist eine solche Übernahme „linker“ Stile im Musikbereich nicht: Schon NSDAP und SA bedienten sich der Musik ihrer Gegner, die mit ihren eigenen Texten und Parolen unterlegt wurde. Sogar der Rap – nach Neonazi-Verständnis eigentlich eine ganz und gar „undeutsche“ Erscheinung – wurde inzwischen rechts-außen adaptiert.

„Happy Birthday, Adolf“

Eine maßgebliche Rolle spielen in der Szene die Liedermacher, die zumeist solo und nur zur Gitarre ihre Ideologie verbreiten. Knapp zwei Dutzend waren 2011 in Deutschland mit Konzerten oder Neuveröffentlichungen präsent. Der NPD-Barde Frank Rennicke, zweimal für seine Partei Kandidat bei der Wahl des Bundespräsidenten, ist in der Szene der bekannteste aus der Fraktion der rechtsextremen Bänkelsänger. Alljährlich zum Hitler-Geburtstag am 20. April wird landauf, landab in der Szene sein „Happy Birthday, Adolf“ gespielt. Angeblich soll es ein Lied zu Ehren des österreichischen Politikers Adolf Schärf sein, der ebenfalls an einem 20. April geboren wurde. Rennickes Kameraden verstehen es allerdings anders.

Während manche Gruppen und Liedermacher mit Andeutungen und Anspielungen operieren – zuweilen auch auf Rat von Szene-Anwälten, die Veröffentlichungen vorab prüfen –, kommen andere umstandslos zur braunen Sache.

1.100 indizierte Rechtsrock-CDs

Die Gruppe „Feuer und Flamme“ etwa besingt auf ihrer gleichnamigen CD die Waffen-SS: „Ruhm und Ehre der Waffen SS, Eure Ehre hieß Treue / Ruhm und Ehre der Waffen SS, das gilt für uns auch noch heute.“ Für die Band „Jungvolk“ sind Juden „Bestien vom Mörderstaat“: „Parasitär, nur das Unheil gebracht, nur Schlechtes, Böses, Abart seit ew'ger Zeit.“ Auch der Liedermacher „Teja“ ergeht sich auf seiner CD „Rache-



zeit“ in antisemitischen Tiraden: „Bei dem Aufstand bist du dabei / Wir zerschlagen die Judentyranei.“ Dem Hass auf Menschen jüdischen Glaubens steht der Hass auf Migranten kaum nach. „Unsere Lösung heißt Gewalt“ ist der Titel einer CD der Gruppe „Braunau“; im Song „Sie töten unsere Rasse“ heißt es: „Man müsste ihnen in die Fresse rotzen / Sie rücksichtslos zusammenschlagen / und sie samt ihrer Brut aus Deutschland jagen.“ Begleitmusik zu Mord und Totschlag lieferte auch die Band „Autonom“, zum Beispiel in ihrem Stück „Der schöne Traum“: „Ich sehe so gerne Türkenblut / denn das tut meiner Seele gut / Sein offener Kopf und sein Gedärm / ja das ist wovon ich schwärm.“

Solche und ähnliche CDs landen zumeist nur kurz oder gar nicht auf den Ladentischen der einschlägigen Szenegeschäfte und in den Katalogen der in Deutschland operierenden Versandhändler. Wegen ihrer rassistischen, NS- oder kriegsverherrlichenden Inhalte werden Neonazi-CDs von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) regelmäßig indiziert – was die Verbreitung in der Bundesrepublik Deutschland erheblich einschränkt. Eine Aufstellung der Prüfstelle mit Stand vom 31. Oktober 2012 umfasst rund 1.100 indizierte Rechtsrock-CDs, von A wie „A Collection of Hate“ von der Band „People Haters“ bis Z wie „Zyclon D Frontalangriff“ von der Gruppe „Dissau Crime“. Indiziert wurden auch diverse Video-DVDs aus diesem Bereich. Ganz zum Verschwinden bringen kann das Einschreiten der Bundesprüfstelle solche Widerwärtigkeiten aber nicht. Unter der Hand oder bei Händlern im Ausland sind Kopien der CDs immer noch erhältlich. Und auch bei konspirativ vorbereiteten Konzerten sind die Songs zu hören.

Zu den Stars der braunen Musikszene gehört der Berliner Michael Regener, bis 2001 Sänger der Band „Landser“, die in Neonazikreisen Kultstatus genoss. Die Titel einiger Stücke waren Programm: „Nigger“, „Polackentango“, „Ran an den Feind“, „Kanake verrecke“, „Schlagt sie tot“. Ende 2003 wurde Regener (Pseudonym „Lunikoff“) wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung zu einer Haftstrafe von drei Jahren und vier Monaten verurteilt. Nach seiner Haftentlassung setzte er seine „Musikkarriere“ fort – nun mit der Band „Die Lunikoff-Verschörung“. Mit ihr versucht Regener, „legaler“ zu agieren. Zuletzt gelang das nicht. Das 2011 erschienene Album „L-Kaida“ wurde 2012 indiziert.

Bindeglied zur Hooliganszene

Doch es gibt auch die weniger eindeutig geprägten Gruppen, die nicht offen neonationalsozialistisch auftreten und die gleichwohl in der extremen Rechten ihr Publikum finden. Die Gruppe „Kategorie C – Hungrige Wölfe“ aus Bremen gehört dazu. Ihr Name verweist auf die Bezeichnung für Fußball-„Fans“, die von der Polizei als „gewaltsuchend“ eingeschätzt werden. Und tatsächlich werden die Stücke der Band besonders in Kreisen rechtsextremer Hooligans gerne gehört. Zu Neonazis und NPD unterhielt die Band in der Vergangenheit Kontakte. So spielte sie bei einer Veranstaltung der von dem Dortmunder Neonazi Siegfried Borchardt geführten „Borussenfront“ und bei einer Solidaritäts-Demonstration für den seinerzeit inhaftierten „Landser“-Sänger Michael Regener. Im Verfassungsschutzbericht der Hansestadt Bremen für 2011 heißt es über „Kategorie C“, die Band sei „ein Bindeglied zwischen der Hooligan-Szene und dem Rechtsextremismus“. Zum Teil würden ihre Konzerte auch von bekannten Rechtsextremisten organisiert.

„Auch im Kreis der Bandmitglieder sind Bezüge zum organisierten Rechtsextremismus unverkennbar, ebenso wie dies bei vielen Konzertbesuchern der Fall ist“.

Rechtsrock-Clips auf YouTube

Nicht nur über CD-Veröffentlichungen findet die Musik rechtsextremer Bands weite Verbreitung. Musik wird heute mehr und mehr direkt von der Festplatte sowie mobil gehört. Und dorthin gelangt sie immer seltener durch den Kauf eines Silberlings. Was früher die auf dem Schulhof getauschte MC war, ist heute die Kopie von der Festplatte des Freundes. Und auch im Internet ist vieles kostenlos zu haben. Bei YouTube etwa findet sich ein breites Repertoire von Rechtsrock-Clips, die als MP3 heruntergeladen werden können. Manche Stücke werden gar direkt von den Interpreten zum Download im Internet veröffentlicht. Der Rechtsaußen-Rapper Makss Damage verfuhr beispielsweise so, als er nach einer Razzia im Spätsommer 2012 alle fünf Stücke einer „Hausdurchsuchungs-EP“ auf seiner Internetseite zum Herunterladen anbot. „Rechtsrap ist auf dem Vormarsch und hält Einzug auf den Festplatten, MP3-Playern und in den Herzen der deutschen Jugend. Diese Entwicklung ist jetzt nicht mehr aufzuhalten“, meint Makss Damage – vom CD-Player ist bei ihm gar nicht mehr die Rede.

Propagandatexte auf der Bühne

Durchschnittlich finden an jedem Wochenende zwischen zwei und drei neonazistische Musikveranstaltungen statt. Besonders attraktiv sind für viele junge Rechte die konspirativ vorbereiteten Konzerte. Dort ist möglich, was im „normalen“ Leben undenkbar erscheinen würde: vom Hitler-Gruß bis hin zur völlig unverhohlenen Forderung nach Gewalt. Hinter verschlossenen Türen geben auch manche Bands ihre – häufig durch juristischen Rat ihrer Anwälte erzwungene – „Zurückhaltung“ auf: Während auf der CD ein Text juristisch unangreifbar erscheint, gibt's live auf der Bühne üble Propaganda. Und während eine CD aus Gründen des Jugendschutzes womöglich indiziert ist, werden die Songs beim Konzert gleichwohl gespielt. Nicht selten endeten solche Konzerte selbst in Gewalt, wenn etwa Neonazis gegen Polizeibeamte vorgingen.

»Rechtsrock vermittelt braune Ideologie und festigt die Naziszene, deshalb müssen wir aktiv gegen die Verbreitung dieser menschenverachtenden Musik vor allem an junge Menschen vorgehen.«

Steffen-Claudio Lemme, MdB
Stellv. Sprecher der Arbeitsgruppe „Strategien gegen Rechtsextremismus“

Schon die Anreise zu solchen Veranstaltungen ist für die ein Event suchenden Neonazis ein Abenteuer. Per SMS erfahren sie nur von der ungefähren Region, in der das Konzert stattfindet. Über verschiedene Schleusungspunkte, an denen Polizei und Beobachter der Szene aussortiert werden, geht es dann zum eigentlichen Veranstaltungsort, der zumeist mit falschen und fadenscheinigen Begründungen angemietet wurde. Mal soll dort ein Geburtstag gefeiert werden, mal eine Hochzeit. Hallenbesitzer und Gastwirte fallen häufig aus allen Wolken, wenn sie im Nachhinein erfahren, dass dort tatsächlich Neonazis ein Konzert veranstaltet hatten. Von der Polizei werden illegale Konzerte oft vorzeitig beendet, Teilnehmer auch strafrechtlich herangezogen.

Demonstration mit Live-Konzert

Um der gesteigerten Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden zu entgehen, weichen Veranstalter und Gruppen oft auf Hallen und Säle im Ausland aus. Insbesondere Belgien, Frankreich und Tschechien sind dabei für die Szene von Bedeutung. Im Ausland, so die Einschätzung, ist juristisch möglich, was in Deutschland ausgeschlossen ist. Und: In manchen Ländern können Neonazis noch auf Strukturen des in Deutschland verbotenen Neonazi-Netzwerks „Blood & Honour“ zurückgreifen.

Zugleich versuchen deutsche Neonazis, ihre Musik nicht nur bei Konzerten in abgelegenen Hallen zu präsentieren. Live und mitten in den Städten soll sie stattfinden. Die Dortmunder Neonaziband „Oidoxie“ zählte zu den ersten, die im Rahmen einer Demonstration live auf der zur Bühne umfunktionierten Ladefläche eines Lkw aufspielte. Juristisch gegen solche Musikevents bei Demonstrationen vorzugehen, hat sich als unmöglich erwiesen. Polizeibehörden versuchen durch Auflagen, was die Länge von Wort- und Musikbeiträgen anbelangt, solchen Veranstaltungen den Charakter eines Konzertes zu nehmen.

Millionengeschäft mit Neonazi-Musik

Zum florierenden Geschäft hat sich in den letzten Jahren der Handel mit der Neonazi-Musik, den in der Szene beliebten Textilmarken und den braunen „Accessoires“ entwickelt.

Es ist ein Millionengeschäft. Die Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen schätzt, dass Neonazis im Freistaat im Jahr 2011 mit dem Verkauf von Nazi-Merchandising und rechtsextremer Musik bis zu 3,5 Millionen Euro hätten erwirtschaften können. In Sachsen hat etwa jeder achte bundesdeutsche Neonazi-Vertrieb seinen Sitz.

2011 arbeiteten laut Verfassungsschutz bundesweit 91 rechtsextremistische Vertriebe, vier mehr als im Jahr zuvor. Davon habe etwa die Hälfte unter einem eigenen Label selbst Tonträger oder Bekleidungsartikel produziert. Verkauft wird vor allem über das Internet – entweder mit eigenen Homepages oder über Foren und Tauschbörsen. Zudem sind Händler mit eigenen Ständen bei Konzerten oder Veranstaltungen von NPD und Kameradschaften präsent. Nicht zuletzt verkaufen die Vertriebe ihre Musik oder T-Shirts über die einschlägigen Szeneläden.

„Ausrüstung für den Nahkampf“

Der ökonomische Erfolg ist höchst unterschiedlich. Manche Händler – erst recht wenn sie zugleich Produzenten sind – können vom Geschäft mit der Neonazi-Ware recht einträglich leben. Allerdings existiert auch ein Teil der braunen Branche unterhalb der Profitschwelle. Die zunehmende Nutzung des Internets als Verkaufsplattform erleichtere die Gründung von Vertrieben, haben Verfassungsschützer beobachtet. Dabei herrsche aber eine hohe Fluktuation mit häufigen Neugründungen, Geschäftsaufgaben und -übernahmen. Dabei sind es nicht nur die kleinen Händler, die ökonomisch in Turbulenzen geraten können. 2012 wurde bekannt, dass der Versandhandel des NPD-Verlags „Deutsche Stimme“ tiefrote Zahlen schrieb und eine Aufgabe des Geschäfts in der Diskussion war.

Zu denen, die sich auf die Suche nach einer lukrativen Marktlücke gemacht haben, gehört auch der Berliner NPD-Landesvorsitzende Sebastian Schmidtke. Er bietet in seinem Szeneladen „Hexogen“, benannt nach einem im Zweiten Weltkrieg verwendeten Sprengstoff, neben Bekleidung für die Szene auch Schlagstöcke, Pfefferspray oder Elektroschocker an. Untypisch ist ein solches Warensortiment in der Szene nicht. Dortmunds Neonaziszene, die in Westdeutschland als besonders gewalttätig eingestuft wird, konnte sich beim örtlichen „Resistore“-Versand unter anderem mit Kubotan-Stöcken oder Zwillen plus Stahlkugeln eindecken. „Resistore“ habe damit auch „die Voraussetzungen für gewalttätige Aktionen / Auseinandersetzungen“, geschaffen, befand das nordrhein-westfälische Innenministerium, als es im August 2012 die örtliche Neonazi-Gruppe „Nationaler Widerstand Dortmund“ verbot. Der Versandhandel biete die „Ausrüstung für den Nahkampf“ an.

Womit sich der Kreis schließt: Rechtsrock zur aufhetzenden Ideologieproduktion – die Bewaffnung gibt's beim einschlägigen Händler des Vertrauens.

.....

Die Erkennungszeichen der Neonazis

Vorbei sind die Zeiten als Neonazis auf den ersten Blick zu erkennen waren. Manche Medien benutzen zwar immer noch gern ein Foto, das schwarze Springerstiefel mit weißen Schnürbändern zeigt, um Berichte über Rechtsextremismus zu bebildern. Doch solches Schuhwerk und die einst obligatorische Bomberjacke sind längst „out“ in der Szene.

So wie sich die musikalischen Vorlieben von Rechtsextremisten in den letzten eineinhalb Jahrzehnten verändert haben, so hat sich auch das Outfit „moderner“ Neonazis differenziert. Stehen sie vor Gericht, wirken sie bürgerlich-seriös; verteilen sie vor Schulen ihr Propagandamaterial, unterscheiden sie sich optisch kaum von den Jugendlichen, die sie für sich ködern wollen; organisieren sie Demonstrationen, bemüht sich ein Teil der Teilnehmer um optische Normalität, während ein anderer Teil sich so kleidet wie man sich dies von Linksautonomen abgeschaut hat. Einen einzigen „Dresscode“ von Neonazis gibt es nicht mehr. Sie passen sich der Situation an. Bekannteste Bekleidungsmarke, die in rechten Kreisen gerne getragen wird, ist Thor Steinar.

Schwarze Hosen, Kapuzenpullover und Basecaps

Vor allem das Bild bei Demonstrationen der extremen Rechten hat sich drastisch gewandelt. Bis Mitte der 1990er-Jahre vermittelten ihre Veranstaltungen den Eindruck von Aufmärschen der 1920er und frühen 1930er-Jahre: Im Gleichschritt zogen Neonazis durch die Städte, streng in Reihen wie bei einer militärischen Formation, vornweg Trommeln. Frauen wirkten dabei zuweilen wie aus einem Bildband über den „Bund Deutscher Mädel“ entsprungen, mit ihren Röcken, das Haar in Zöpfen. Die Skinhead-Phase folgte. Das Haar geschoren, mit Stiefeln und in Bomberjacke ging's fortan auf die Straße.

Optische „Lockerungen“ folgten: der Neonazi mit Irokesenschnitt, das Palästinensertuch als neues Accessoire. Dies waren die Vorboten für das Outfit „moderner“ Neonazis, die die Braunhemden ablegten. Zunächst waren es Rechtsextremisten, die sich als „Autonome Nationalisten“ verstanden, die mit schwarzen Hosen, Shirts und Kapuzenpullovern sowie ebenfalls schwarzen Basecaps durch die Straßen zogen. Inzwischen haben sich auch Neonazis diesen Kleidungsstil angeeignet, die sich nicht ausdrücklich zu den Rechts-„Autonomen“ rechnen. Rebellisch soll ihr bei Linken abgekupfertes Äußeres wirken. Selbst Polizeibeamte, die sich in der Szene auskennen, haben zuweilen Probleme zu erkennen, wer zu einer Neonazi-Demo will, und wen es zu einer Gegenveranstaltung zieht.

Geblichen ist aber trotz einer veränderten Optik die NS-Orientierung der Szene und eine Vorliebe für bestimmte Symbole, Zahlencodes oder Bekleidungsmarken, von denen es mittlerweile eine breite Auswahl gibt.

Die Codes der Szene

Neonazis verständigen sich zuweilen über Codes, bestehend aus Zahlen und Abkürzungen. Häufig dienen sie der Verschlüsselung strafrechtlich relevanter Formulierungen. Ihre Bedeutung ist Außenstehenden oft nicht bewusst. Die bekanntesten:

- 18** Abkürzung für „Adolf Hitler“. Die 1 steht für den ersten Buchstaben im Alphabet, das „A“, die 8 für den achten Buchstaben, das „H“.
- 28** Abkürzung für das in Deutschland verbotene Neonazi-Netzwerk „Blood & Honour“ (B&H), der zweite und der achte Buchstabe des Alphabets. Häufig zu finden ist die 28 als Aufdruck auf T-Shirts.
- 88** Abkürzung für „Heil Hitler“, zweimal der achte Buchstabe des Alphabets. Häufig zu finden als Aufdruck auf der Kleidung, aber auch als Grußformel in Briefen oder im Internet.

- 168:1** Die Ziffernkombination soll an den Sprengstoffanschlag des amerikanischen Rechtsextremisten Timothy McVeigh auf ein Regierungsgebäude in Oklahoma City im Jahr 1995 erinnern. 168 Menschen wurden dabei getötet. McVeigh wurde 2001 hingerichtet.
- 198** Abkürzung für „Sieg Heil“, der 19. und der achte Buchstabe des Alphabets.
- 14 Words** Abkürzung einer aus 14 Wörtern bestehenden Parole des amerikanischen Neonazi-Anführers David Lane: „We must secure the existence of our people and a future for white children“ („Wir müssen den Erhalt unseres Volkes sichern und eine Zukunft für weiße Kinder“). Häufig zu finden als Aufdruck oder Aufnäher auf der Kleidung sowie in Texten oder auf CD-Covern von Rechtsrock-Gruppen.
- ZOG** Abkürzung für „Zionist Occupied Government“ („Zionistisch okkupierte Regierung“). Zu finden in Internetbeiträgen von Neonazis oder bei Musikgruppen aus dem Rechtsrock-Bereich. Die Abkürzung steht für die Behauptung einer angeblichen und gelungenen „jüdischen Weltverschwörung“.

Die Symbole der Szene



„Mein Kampf“

Paragraph 86 des Strafgesetzbuches untersagt die Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen. Erhalten gebliebene historische Exemplare von Hitlers „Mein Kampf“ fallen allerdings nicht unter diesen Paragraphen. Eine unveränderte Neuauflage des Buches ist jedoch in Deutschland nicht erlaubt. Die Urheberrechte sind im Besitz des Freistaates Bayern, der einen Nachdruck nicht gestattet.



Parteiabzeichen und SS-Rune

Verboten ist das Verwenden des NSDAP-Parteiabzeichens und der doppelten Sig-Rune, die als Abzeichen der SS diente. Das Verbot ist in § 86a des Strafgesetzbuches (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) geregelt.



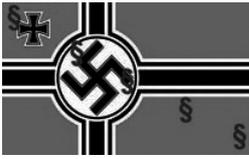
Hakenkreuz

Grundsätzlich verboten ist das Verwenden des Hakenkreuzes – nicht nur in der Variante des Parteiabzeichens. Eine Ausnahme: Nicht verboten ist der Einsatz dieses oder ähnlicher Symbole, wenn er „der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen, der Kunst oder der Wissenschaft, der Forschung oder der Lehre, der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte oder ähnlichen Zwecken dient“. Der Bundesgerichtshof hat zudem entschieden, dass der Gebrauch des Kennzeichens einer verfassungswidrigen Organisation nicht von § 86 a StGB erfasst wird, wenn der Inhalt der Darstellung in offenkundiger und eindeutiger Weise die Gegnerschaft zu der Organisation und die Bekämpfung ihrer Ideologie zum Ausdruck bringt.



Keltenkreuz

Das stilisierte Keltenkreuz diente der 1982 verbotenen „Volksozialistischen Bewegung Deutschlands“ (VSBd) als Symbol. Der Bundesgerichtshof hat 2008 die Verwendung dieses Zeichens – im historischen Original ist der Balken des Keltenkreuzes nach unten verlängert – in der Öffentlichkeit generell, also auch ohne Bezug auf eine verbotene Organisation, für strafbar erklärt. Das Zeigen des Symbols ist nicht strafbar, wenn es offenkundig in einem unverfänglichen Zusammenhang gebraucht wird.



Reichskriegsflagge

Verboten ist die Reichskriegsflagge in der Variante, die von 1935 bis 1945 verwendet wurde. Neonazis verwenden des Öfteren frühere Varianten der Fahne, um einer Strafverfolgung zu entgehen. Einige Bundesländer haben darauf reagiert, indem sie die öffentliche Verwendung solcher Flaggen, die strafrechtlich nicht relevant sind, als „Verstoß gegen die öffentliche Ordnung“ werten und ihre Polizei anweisen, ihre öffentliche Präsentation zu unterbinden.



Triskele

Die Triskele erinnert an ein dreiarmiges Hakenkreuz. Verboten ist ihre Verwendung dann, wenn sie als Erkennungszeichen einer verbotenen Organisation wirkt. Die Triskele war Bestandteil eines Logos der verbotenen Organisation „Blood & Honour“.



Consdaple

„CONSDAPLE“ ist eine der bei Neonazis beliebten Kleidungsmarken. Wird ein T-Shirt der Marke unter einer geöffneten Jacke getragen, ist häufig nur die Buchstabenfolge „NSDAP“ zu sehen.



B&H

Verboten: ein Logo des Neonazi-Netzwerks „Blood & Honour“. Dessen deutsche Sektion wurde im September 2000 verboten.



FAP

Verboten: das Symbol der 1995 wegen Verfassungswidrigkeit verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP). Das stilisierte Zahnrad wird häufig in den Logos von Neonazi-Gruppen oder auf Transparenten benutzt.

Mehr zu rechtsextremen Marken, Codes und Symbolen:

Symbole und Codes, die im Alltag rechter Jugendlicher eine Rolle spielen:
www.dasversteckspiel.de

Symbole und Kennzeichen des Rechtsexremismus:
www.verfassungsschutz.brandenburg.de

.....

Fußball als Aktionsfeld

Das Chemnitzer Stadion an der Gellertstraße, ein Montag im August 2012: In der ersten Runde des DFB-Pokals trifft im Sachsenerby Drittligist Chemnitzer FC auf Dynamo Dresden. Der Zweitligist aus der Landeshauptstadt gewinnt mit 3:0. Doch nicht wegen des Ergebnisses wird das Spiel in den folgenden Tagen in die Schlagzeilen geraten, sondern wegen der rassistischen Ausfälle, die sich an diesem Abend gegen Dynamos farbigen Stürmer Mickael Poté richten. Mit Affenlauten decken Zuschauer aus dem CFC-Fanblock den 27-jährigen Nationalspieler Benins ein, als er mit einem Annäherungsversuch ans gegnerische Tor scheitert. Rassismus im Sport: Auch im Jahr 2012 ist er aus den Stadien noch nicht verschwunden.

Neonazis, die auch auf dem Sportplatz als Rechtsaußen unterwegs sind, als Unparteiische ein Spiel leiten, als Jugendtrainer den Nachwuchs ausbilden sollen, die – nicht zuletzt – die Tribünen bevölkern: Fußball als Sportart Nr. eins bietet Rechtsextremisten zwei Möglichkeiten. Sie wollen deutlich machen, in Ost und West, dass sie ganz „normal“ dazugehören – zu ihrer Stadt, ihrem Stadtteil, ihrem Dorf und zum Verein. Und sie wollen Nachwuchs rekrutieren.

NPD-Flugblätter vor dem Stadion

Neonazismus im Stadion – das erschien manchen in den letzten Jahren zwar als ein Problem der ostdeutschen Bundesländer. Vor allem dort macht es Schlagzeilen. Manches, was in den modernen Arenen des Westens nicht mehr denkbar erscheint, zwischen Mecklenburg und Sachsen – so der Eindruck – konnte es überwindern. Fans des gegnerischen Vereins werden per Transparent als „Juden“ betitelt, schwarze Spieler mit Affengeräuschen begrüßt. Für Sportvereine mit „linkem“ Image wird das Auswärtsspiel zum Spießrutenlauf. Immer wieder machen insbesondere Fans von Lok Leipzig wegen rechtsextremer Aktivitäten Schlagzeilen. Draußen vor dem Stadion verteilt die NPD derweil ihre Flugblätter und CDs. „Es gibt unter den Anhängern von Lok viele, die der NPD aufgeschlossen gegenüberstehen“, erklärte der sächsische NPD-Fraktionsvorsitzende und heutige Parteivorsitzende Holger Apfel. „Wir wären ja töricht, wenn wir die nicht dort abholen würden.“ Nicht nur den Leipziger Traditionsverein hatte er in den Blick genommen: Auch Dynamo Dresden und Erzgebirge Aue seien „Vereine mit einem großen Potenzial, deren Anhänger wir versuchen, an die Partei heranzuführen“.

Insgesamt vier sächsische Fanclubs, in denen offensichtlich Neonazis agieren, werden inzwischen vom Landesverfassungsschutz beobachtet, zwei in Leipzig und zwei in Chemnitz. Etwa jeder achte als gewaltbereit eingestufte Fußballfan in Sachsen soll Rechtsextremist sein.

„Potenzial“ für Neonazis bietet im benachbarten Brandenburg auch eine Fan-Gruppe des FC Energie Cottbus, nach Einschätzung des Verfassungsschutzes die größte rechtsextreme Hooligangruppe in Brandenburg. Deren Facebook-Seite zeigte ein Banner mit der Aufschrift „Unterwegs im Reich. Auswärts mit Energie Cottbus“ mit einer Karte von Deutschland in den Grenzen von 1937. „Widerstand lässt sich nicht verbieten“ stand auf einem anderen Banner – das doppelte „S“ sah aus wie SS-Runen.

Antisemitische und rassistische Parolen auf der Tribüne

Doch der Eindruck, Rechtsextremisten im Stadion seien ein ostdeutsches Phänomen, täuscht. In Aachen beispielsweise kämpft eine Gruppe, in der auch Mitglieder und Anhänger der mittlerweile verbotenen Neonazi-Vereinigung „Kameradschaft Aachener Land“ aktiv sind, um die Vorherrschaft in den Fanblöcken.



Mitglieder einer „linken“ Ultra-Gruppe sind die Opfer von auch gewalttätigen Übergriffen. In Duisburg beschäftigt sich der Verein, die breite Mehrheit der Fans sowie die Polizei mit jenen MSV-Anhängern, die auf der Tribüne mit antisemitischen und rassistischen Parolen provozierten. Gegen „Judenschweine“ und „Zigeunerpack“ grölen sie ihre Parolen. Die Gewaltbereitschaft der Beteiligten ist dabei bekannt.

In Dortmund haben Neonazis nach dem Verbot des „Nationalen Widerstands Dortmund“ im August 2012 auf der Stehplatztribüne per Transparent „Solidarität mit dem NWDO“ bekundet. Bei einem Auswärtsspiel des BVB in Hamburg ist ein Transparent der „Borussenfront“ aufgetaucht. Die vor 30 Jahren gegründete und von Siegfried Borchardt (Spitzname „SS-Siggi“) geführte Truppe hatte in den 1980er-Jahren vielen rechtsextremen Hooligangruppen als Vorbild gedient, war aber in den letzten Jahren kaum noch öffentlich aufgetreten. „30 Jahre Borussenfront Dortmund – Ein Mythos stirbt nie“, heißt es auf dem Banner der Neonazi-Hooligans. Bei Heimspielen sollen bis zu 100 bekannte Rechte im Stadion sein, darunter vereinzelt „Autonome Nationalisten“, die den BVB immer mehr als Bühne für Propaganda missbrauchen. Und wenn das nicht bei Heimspielen und in der Bundesliga funktioniert, dann eben in der dritten Liga und bei den Amateuren der Borussia. So etwa am ersten September-Wochenende 2012, als in der Ruhrgebietsstadt die Demonstration zum „Nationalen Antikriegstag“ verboten worden war und Dortmunder Neonazis beim Spiel der BVB-Amateure in Erfurt ihre schwarz-weiß-roten Flaggen schwenkten.

Dass die Präsenz von Neonazis in Fußballstadien kein ostdeutsches Phänomen ist, darauf deuten auch Zahlen der Zentralen Informationsstelle Sparteinsätze (ZIS) hin. Im Bericht über die Saison 2010/11 heißt es, in bundesweit 16 Spielstätten der ersten und zweiten Liga hätten sich rechtsextreme Fans unter gewaltbereite Zuschauer gemischt. Acht dieser 16 Stadien waren in Nordrhein-Westfalen zu finden: Aachen, Dortmund, Mönchengladbach, Düsseldorf, Duisburg, Paderborn, Bielefeld und Oberhausen. Durchschnittlich 4,5 Prozent der gewalttätigen Zuschauer zählten auch zur rechten Szene, so das NRW-Innenministerium. Als weitere Vereine listet der Bericht den 1. FC Nürnberg, Werder Bremen, den 1. FC Kaiserslautern, Hertha BSC Berlin, Union Berlin, Energie Cottbus, 1860 München sowie den VfL Osnabrück auf.

Stadionverbote gegen „rechte Fouls“

Seit Jahren machen Sportverbände – nicht nur im Fußball – gegen Rechtsextremismus und Diskriminierung und für Respekt, Toleranz, Anerkennung und die Achtung der Menschenwürde mobil. Die Kampagne „Sport und Politik vereint(t) gegen Rechtsextremismus!“ (www.verreint-gegen-rechtsextremismus.de), getragen unter anderem vom Deutschen Olympischen Sportbund, der Deutschen Sportjugend und dem Deutschen Fußball-Bund steht dafür als Beispiel. „Fouls von Rechtsaußen grenzen Menschen aus, beleidigen und verletzen sie – seelisch ebenso wie körperlich. Und doch gibt es in unserer Gesellschaft diese Fouls von Rechtsaußen, gibt es Diskriminierungen und Attacken auf Menschen, nur weil sie anderer Herkunft sind, anders glauben, aussehen oder anders leben“, warnen die Initiatoren der Kampagne.



Das Problem „rechter Fouls“ auf der Tribüne von Fußballstadien wollen viele Vereine unter anderem mit Stadionverboten in den Griff bekommen. Im Herbst 2012 beispielsweise kündigte Borussia Dortmund an, gegen acht Personen solche Verbote auszusprechen. Sie waren nach polizeilichen Erkenntnissen durch „eindeutig rechtsextrem politisch motivierte Aktionen in Erscheinung getreten“. In vielen Stadien wurden im Lauf der Jahre auch die Hausordnungen verschärft, die zum Beispiel nicht mehr nur offen rassistische Parolen untersagen, sondern nun auch das Tragen von Kleidungsmarken, die in der Szene besonders beliebt sind. In der 1. Liga gelten Werder Bremen und Schalke 04 als Vorreiter einer gegen Neonazis gerichteten schärferen Vereinspolitik. Schalke 04 nahm 1994 als erster Bundesligaverein einen Antirassismus-Paragrafen in der Vereinssatzung auf. Auch Clubs, die aktuell Probleme mit der Szene haben, reagieren: Alemannia Aachen untersagte im August 2012 im Stadion sämtliche Utensilien des Fanklubs „Karlsbande Ultras“, in der auch Neonazis aktiv sind.

Dynamo Dresden lief nach den Vorfällen im Chemnitz im Oktober 2012 mit einem Trikot auf, das den Schriftzug „Love Dynamo – Hate Racism“ zeigte. „Wir werden uns vor unsere Sportler und Fans stellen, wenn sie beleidigt oder angegriffen werden“, versicherte der Klub. Dynamo selbst sei mit 27 Spielern aus 14 Nationen ein „bunter Haufen“. Rassistische Äußerungen seien „ein Beleg von Schwäche und Dummheit, und wer auch immer sich zu ihnen hinreißen lässt, trifft damit stets auch unsere Spieler, unsere Mannschaft, unseren Verein, unsere Sportgemeinschaft“.

Hetze gegen Patrick Owomoyela

Genau gegen solche „bunten Haufen“ und ganz grundsätzlich gegen multikulturelles Zusammenleben richtet sich der Hass von Neonazis. „Wir meinen, der Fußball darf nicht von den Funktionären aus Politik und Sport für ihre Multikultiideologie vereinnahmt werden“, hieß es 2012 auf der Internetseite der inzwischen verbotenen Neonazi-Gruppe „Besseres Hannover“ mit Blick auf die DFB-Auswahl: „Entweder ist eine Nationalmannschaft mit eigenen Spielern erfolgreich, oder sie ist es eben nicht. Eine Mannschaft, die mit Türken, Negern, Polen und Nordafrikanern besetzt ist, ist deshalb auch keine echte Nationalmannschaft, mit der wir uns identifizieren können, auch wenn diese bei einem Turnier gegebenenfalls erfolgreich abschneidet.“

Die NPD hatte 2006 zur Fußball-Weltmeisterschaft einen „WM-Planer“ mit dem Titel „Weiß – nicht nur eine Trikot-Farbe? Für eine echte Nationalmannschaft“ veröffentlicht. Seinerzeit wurde vor allem gegen den (Ex-)Nationalspieler Patrick Owomoyela gehetzt. Zur Zielscheibe rassistischer Hetze wurde auch Gerald Asamoah, auch er ein ehemaliger Nationalspieler. „Nein, Gerald, du bist nicht Deutschland. Du bist BRD!“ stand auf Plakaten, die der rassistische „Schutzbund Deutschland“ herausbrachte.

NPD-Stadtrat trainiert Jugendliche

Neonazis sind nicht nur als passive Zuschauer unterwegs, sondern auch aktiv auf dem Platz. Das betrifft – soweit bekannt – ausschließlich kleinere Vereine. Warnungen und Mahnungen der Verbände vor deren Aktivitäten, so scheint es, sind nicht bis in den letzten Winkel gelangt. Und kleinere Vereine haben besondere Probleme. Elf Spieler auf den Platz zu bringen, ist nicht immer einfach. Noch problematischer

ist die Verpflichtung, ausreichend qualifizierte Schiedsrichter zu benennen. Und wer bringt die Zeit auf, abseits des Scheinwerferlichts und sogar der Berichterstattung in der Lokalzeitung den Nachwuchs des Dorf- oder Kleinstadtvereins zu trainieren? Manchmal füllen Neonazis die Lücken. Der mit Rechtsrock handelnde Neonazi und Versandhausbetreiber aus dem nordrhein-westfälischen Siegerland wird zum Außenstürmer, NPD-Stadtratsmitglieder aus Lüdenschied oder Löcknitz werden zum Schiedsrichter, ein NPD-Landeschef will den Fußballnachwuchs trainieren.

Zumeist enden solche rechtsextremen Sportkarrieren rasch, wenn sie an die Öffentlichkeit gelangt sind, manchmal entwickelt sich ein hartnäckiges Ringen. In der Kleinstadt Laucha in Sachsen-Anhalt konnte ein NPD-Stadtrat jahrelang Jugendliche des Fußballclubs BSC 99 Laucha trainieren. Erst nach Interventionen bis hin zum Landessportbund und zum Deutschen Olympischen Sportbund wurde er im Herbst 2010 als Trainer abberufen.

„Nationale Fußball-Turniere“

Ungestört von der Öffentlichkeit arbeiteten beispielsweise Fußballspieler des Kreisligisten SV Energie Görlitz lange Zeit mit Neonazis zusammen. Regelmäßig sollen „Nationale Fußball-Turniere“ mit rechtsextremen Kameradschaften stattgefunden haben.

Solche „Nationalen Turniere“ finden bundesweit statt. Ausrichter sind im Regelfall neonazistische Kameradschaften, aber auch NPD-Kreisverbände, die damit die Vernetzung untereinander vorantreiben. Das Teilnehmerfeld wirkt zuweilen wie ein Who is Who der regionalen Szene, ergänzt um wenige Teams mit Fantasienamen. An einem Turnier im Raum Düren nahmen etwa teil: Sturm 8, Freie Nationalisten Siegen, Freie Kräfte Köln, NPD Mettmann, NPD Essen, NS Wuppertal, NS Essen, NPD Euskirchen, Nationaler Widerstand Leverkusen, Skinhead Front Dorstfeld, Kameradschaft Aachener Land, NPD Düren, SC Schafspelz, Frauen am Sportplatz (K.A.L.), NS Pulheim, Asoziale Randgruppe Istanbul. Bei einem Turnier des NPD-Kreisverbands Mettmann/Düsseldorf gewann der Vorjahressieger das Finale. Die Veranstalter verfielen in den Jargon ihrer politischen Ahnen: „Den Endsieg konnten auch in diesem Jahr die Freien Nationalisten Leverkusen davontragen.“

»Sport kann missbraucht werden, um menschenverachtenden Ideologien eine Bühne zu bieten, rassistische oder antisemitische Vorurteile zu transportieren. Es liegt an uns, die Angriffe der extremen Rechten auf den Sport politisch auszukontern.«

Martin Gerster, MdB
Sprecher der Arbeitsgruppe Sportpolitik

Rechtsextremismus im Sport als Problem thematisieren

Sport und vor allem der Fußball bleibt auch drei Jahrzehnte nach den ersten rechtsextremen Hooligan-Gruppen ein wichtiges Aktionsfeld für Neonazis, auch wenn sie nicht mehr so dreist agieren wie zu Zeiten, als sie im Stadion noch die Reichskriegsflagge präsentieren konnten. Sie agieren unauffälliger, aber sie sind präsent. Ihre Ziele: sich selbst als den „normalen“ Nachbarn von nebenan – in der Stadt, auf dem Platz und auf der Tribüne – zu präsentieren und so nicht zuletzt auch Nachwuchs zu rekrutieren.

Rechtsextremisten müssen daran gehindert werden, Sportvereine und Sportveranstaltungen für die Verbreitung ihrer Ideologie zu instrumentalisieren. Dazu müssen die Verbände und Vereine, die Funktionärinnen und Funktionäre sowie die Sportlerinnen und Sportler sensibilisiert und bei der Präventionsarbeit unterstützt werden. Auch in die politische Bildungsarbeit und in die wissenschaftliche Forschung muss das Thema Rechtsextremismus im Sport Eingang finden. Die SPD-Fraktion hat dazu konkrete Vorschläge erarbeitet und als Antrag in den Bundestag eingebracht. (Rechtsextremistische Einstellungen im Sport konsequent bekämpfen – Toleranz und Demokratie nachhaltig fördern; Drucksache 17/5045)

.....

Wirksam handeln gegen Rechts

Auf allen Ebenen vorbeugen und aufklären

Rechtsextremes Denken ist kein Randphänomen, sondern bis in die Mitte der Gesellschaft verbreitet. Knapp zehn Prozent der Bürgerinnen und Bürger verfügen über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild. Antisemitische und rassistische Einstellungsmuster scheinen zum Teil salonfähig geworden zu sein.

Damit dürfen wir uns nicht abfinden: Die Eindämmung von Rechtsextremismus ist und bleibt eine herausragende Aufgabe für Politik und Gesellschaft. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass Intoleranz sowie

rechtsextreme und antisemitische Einstellungen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben.

»Das Beschweigen, das Tolerieren von Aktivitäten der Neonazis könnte als klammheimliche Zustimmung missverstanden werden, und das wäre eine falsche Botschaft.«

Wolfgang Thierse, MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus muss entschieden und ausdauernd auf allen Ebenen aufgenommen werden. Hier ist ein breites Bündnis von Politik, Staat und Zivilgesellschaft gefragt.

Der Staat als Träger des Gewaltmonopols ist verpflichtet, rechtsextreme Straftaten mit Nachdruck und aller Konsequenz rechtsstaatlich zu verfolgen. Gegen Neonazi-Gewalt und -Terror muss eine Nulltoleranz-Strategie gelten.

Rechtsextremismus kann aber nicht allein mit Gesetzen und Polizei erfolgreich bekämpft werden. Mindestens ebenso wichtig ist es, präventiv und aufklärend zu wirken, die gesellschaftlichen Bindekräfte zu stärken und Rechtsextremisten keine gesellschaftlichen Räume zu überlassen, in die sie eindringen können. Dafür wird an erster Stelle eine starke engagierte Zivilgesellschaft gebraucht.

Die demokratische Zivilgesellschaft stärken

Um der Ausbreitung rechtsextremer Tendenzen vorzubeugen und die demokratische Kultur in unserem Gemeinwesen immer wieder zu erneuern und zu festigen, muss die Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft im Zentrum unserer Bemühungen stehen. Die SPD-Bundestagsfraktion ist überzeugt: Die Motivierung und die Unterstützung der engagierten Bürgerinnen und Bürger ist der beste Garant zum Schutz unserer freiheitlichen Grundordnung.

Weg mit der „Extremismusklausel“

Auf Anordnung der CDU/CSU-geführten Bundesregierung müssen die Antragsteller für das Bundesförderprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ und ähnlicher Programme seit Herbst 2010 eine Zustimmungserklärung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung unterschreiben. Dieses Bekenntnis gilt nicht nur für die Projekte und Initiativen selbst, sondern sie müssen auch für die Verfassungstreue ihrer Kooperationspartner bürgen.

Diese so genannte Extremismusklausel ist nicht nur widerrechtlich, sondern sie gefährdet auch den gesellschaftlich notwendigen Kampf gegen rechte Ideologie und Gewalt. Die Klausel diskreditiert und behindert zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus. Sie stellt die Initiativen unter einen Generalverdacht der Verfassungsfeindlichkeit und undemokratischen Gesinnung. Die Pflicht zur Regelüberprüfung der Kooperationspartner fördert ein Klima des Misstrauens und steht dem Ziel der Demokratieförderung entgegen.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, die so genannte Extremismusklausel aus den Richtlinien der Bundesprogramme „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“, „Initiative Demokratie stärken“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ zu streichen und die Vergabe von Fördergeldern nicht an eine Unterzeichnung der Erklärung zu knüpfen. Wir haben dazu einen Antrag mit entsprechenden Forderungen in den Bundestag (Bundestagsdrucksache: 17/9558) eingebracht.

Programme gegen Rechts finanziell absichern

Die 2001 von der SPD begründeten Programme gegen Rechtsextremismus müssen dauerhaft und verlässlich unterstützt werden. Die Programme haben zum Aufbau lokaler Strukturen beigetragen und zeigen Wirkung. Bürgerinnen und Bürger verteidigen die Demokratie gegen Neonazis: Im persönlichen Gespräch, in Bildungseinrichtungen, am Arbeitsplatz, in den Kommunalparlamenten und nicht zuletzt auch zunehmend bei Demonstrationen und Blockaden gegen Naziaufmärsche. Ohne die Opferberatungen, Mobilen Beratungsteams und die vielen Initiativen vor Ort stünde der Kampf gegen Rechtsextremismus in zahlreichen Regionen auf verlorenem Posten.

Mittel für Programme gegen Rechtsextremismus aufstocken

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, die veranschlagten Mittel für die Extremismusprävention auf 31 Millionen Euro im Jahr 2013 zu erhöhen und diese Summe auch für die Folgejahre sicherzustellen. Die Haushaltsansätze für die Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus müssen voneinander getrennt werden. Eine Zusammenlegung relativiert und erschwert seine Bekämpfung. In der Arbeit gegen Rechtsextremismus werden andere Mittel und andere Instrumente gebraucht als bei der Bekämpfung anderer Extremismusformen.

»Wir wollen diejenigen unterstützen, die sich für Demokratie und Toleranz einsetzen, in Schulen, in der Jugendarbeit und am Arbeitsplatz. Mit ihnen engagieren wir uns aktiv gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Es geht darum, Flagge zu zeigen und den Nazis keinen Platz in den Köpfen der Menschen und in unserer Gesellschaft zu lassen.«

Kerstin Griesse, MdB
Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften
der SPD-Bundestagsfraktion

Die Finanzierung der Programme sichern

Viele Träger leiden unter der kurzfristigen und zu geringen Finanzierung. Gelungene Modellprojekte können deshalb oft nicht langfristig etabliert werden, Organisationswissen geht verloren und qualifiziertes Personal wandert ab. Die dreijährige Befristung der Projekte muss aufgehoben werden. Ziel ist es, dauerhafte Strukturen zu fördern. Gute und etablierte Projekte gegen Rechts benötigen eine verlässliche Unterstützung. Dafür muss die alljährliche Abhängigkeit vom Bundeshaushalt verringert werden. Gebraucht wird eine Finanzierung, die eine kontinuierliche Unterstützung bewährter und erprobter Arbeit gegen Rechtsextremismus sicherstellt. Darüber hinaus bedarf es eines weiteren Topfes, aus dem neue und Erfolg versprechende Programme finanziert werden.

Rechtsextremismus mit politischer Bildung bekämpfen

Die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) ist eine der wichtigsten Institutionen für Demokratieförderung und Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus. Ihre Arbeit muss gerade jetzt gestärkt werden. Die Kürzungen der Bundesregierung seit 2011 sind daher nicht zu rechtfertigen. Die SPD-Fraktion will, dass die Mittel der BpB auf dem Niveau von 2010 verstetigt werden sollen (38,6 Millionen Euro).

Sozialen Zusammenhalt stärken und jungen Menschen Zukunftschancen geben

Zu dieser zentralen Aufgabe gehört es, den sozialen Zusammenhalt in den Kommunen zu fördern und unsere Städte und Gemeinden finanziell gut auszustatten, sodass sie Kultur, Sport, Jugendarbeit und Sozialarbeit wieder ausbauen können. Wir dürfen nicht zulassen, dass beispielsweise die NPD in einer Gemeinde anbietet, den Kindergarten auf Parteikosten zu übernehmen, weil die Gemeinde kein Geld dafür hat. Es gilt, Bildung als öffentliches Gut zu stärken und alles dafür zu tun, um allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen auf beste Bildung zu garantieren.

Politik und Staat müssen Initiativen ergreifen

NSU-Untersuchungsausschuss muss Aufklärung vorantreiben

Mit unserer Arbeit im Untersuchungsausschuss treiben wir die Aufarbeitung der Fehler und Versäumnisse von Verfassungsschutz, Polizei und Staatsanwaltschaften voran. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Das ist wichtig für die Familien und Freunde der Opfer. Es ist die notwendige Selbsterkenntnis über das Versagen des Staates, der das Leben der Opfer nicht zu schützen vermochte und ihre Angehörigen falschen Verdächtigungen aussetzte. Aufklärung ist der erste Schritt, um solche Fehler in Zukunft zu vermeiden und verlorenes Vertrauen in den Rechtsstaat zurück zu gewinnen.

Echte Zahlen rechtsextrem und rassistisch motivierter Straftaten nennen

Die amtliche Statistik bildet die Realität nicht vollständig ab. Im Zeitraum zwischen 1990 bis 2009 verzeichnet sie 47 Todesopfer rechtsextremer Gewalt. Glaubwürdige Auskünfte von Opferberatungsstellen und

seriöse Recherchen ergeben jedoch bis zu 182 Todesopfer. Und auch damit sind lediglich die Fälle erfasst, in denen durch Zeugenbeobachtung ein rechtsextremer Bezug herzustellen ist. Alles andere liegt im Dunkeln. Wir fordern daher, dass wissenschaftlich untersucht wird, wie viele Menschen tatsächlich Opfer oder Zeugen von rechtsextremer Gewalt und Propaganda geworden sind. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu einen Antrag an die Bundesregierung eingebracht (Bundestagsdrucksache: 17/11366).

Polizei und Ermittlungsbehörden sensibilisieren

Opfer rechter Gewalt, Opfervereine und Beratungsstellen beklagen, dass offizielle Stellen den rassistischen und fremdenfeindlichen Hintergrund von Straftaten oft negieren oder verharmlosen. Um allen Vorfällen angemessen Geltung zu verschaffen und die Diskriminierung der Opfer zu verhindern, fordert die SPD-Bundestagsfraktion, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in sicherheitsrelevanten Bundes- und Landesbehörden in interkultureller Kompetenz geschult werden.

Menschenverachtende Gewalttaten härter bestrafen

Die Zahl der Gewalttaten, bei denen menschenverachtende Motive eine Rolle spielen, ist erschreckend hoch. Diese so genannten Hassverbrechen richten sich gegen Personen wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Hautfarbe, Religion, Behinderung, sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status. Hinzu kommt: Die Taten sind oft brutaler und rücksichtsloser als andere Gewaltdelikte. Dies ist ein aggressiver Angriff auf den inneren Frieden unserer Gesellschaft und droht den Bürgerinnen und Bürgern das Vertrauen auf die Geltung des Rechts und in ihre persönliche Sicherheit zu rauben. Die SPD-Bundestagsfraktion hat daher einen Gesetzentwurf (Bundestagsdrucksache: 17/8131) vorgelegt, der menschenverachtende, rassistische und fremdenfeindliche Beweggründe als strafverschärfende Umstände einstuft.

Rechtsextremismus aus allen gesellschaftlichen Kontexten verdrängen

Rechtsextremisten müssen daran gehindert werden, Sportvereine und Sportveranstaltungen für die Verbreitung ihrer Ideologie zu instrumentalisieren. Dafür müssen Verbände, Vereine, Funktionärinnen und Funktionäre sowie Sportlerinnen und Sportler sensibilisiert und bei der Präventionsarbeit unterstützt werden. Auch in der politischen Bildungsarbeit und der wissenschaftlichen Forschung soll Rechtsextremismus im Sport thematisiert werden. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu konkrete Vorschläge erarbeitet und als Antrag in den Bundestag eingebracht (Bundestagsdrucksache: 17/5045).

Eine bundesweite Strategie gegen Rassismus entwickeln

Erforderlich ist eine Überarbeitung des „Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz“. Zuerst geht es darum, fortlaufend belastbare Daten über Motive, Ausmaß und Erscheinungsformen von Rassismus zu erhalten. Außerdem muss evaluiert werden, welche Auswirkungen staatliche Politik bisher auf die Entwicklung von Rassismus in Deutschland hat. Darauf aufbauend ist vor allem ein verbindlicher Maßnahmenplan zu entwickeln, der ausreichend finanziert ist und regelmäßig kontrolliert wird. Nichtregierungsorganisationen sind mit ihrer hohen Kompetenz auf gleicher Augenhöhe in die Überarbeitung einzubinden. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes spielt hier eine besondere Rolle. Sie muss finanziell besser ausgestattet werden, damit sie ihre Aufgabe effektiver wahrnehmen kann. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu einen Antrag eingebracht (Bundestagsdrucksache: 17/9975).

Den Verfassungsschutz fit für Demokratie machen

Es lässt sich nicht beschönigen: Der Verfassungsschutz hat in seiner Funktion als Frühwarnsystem versagt. Er hat das rechtsterroristische Potenzial, das sich Mitte der 1990er-Jahre aus dem „Thüringer Heimatschutz“ entwickelte, nicht gesehen. Über 14 Jahre lang war ihm die Existenz eines mordenden „Nationalsozialistischen Untergrunds“ nicht bekannt. Bis in den Jahresbericht für 2010 hieß es, es seien „keine rechtsterroristischen Strukturen“ feststellbar.

In der öffentlichen Wahrnehmung sind die Verfassungsschutzämter von Bund (BfV) und Ländern (LfV) mittlerweile hauptsächlich durch Negativschlagzeilen besetzt. Immer mehr behördeninterne Skandale wie Vertuschungsversuche, Aktenvernichtungsaktionen, Hintergehen von Vorgesetzten, fragwürdige Einsätze von V-Leuten sind bekannt geworden. Die Existenzberechtigung des Verfassungsschutzes wird in Frage gestellt.

Trotz aller berechtigter und auch unberechtigter Kritik bleibt aber festzuhalten: Der Verfassungsschutz ist und bleibt für den Schutz unserer Demokratie unverzichtbar. Mit seinen gewonnenen Erkenntnissen hat der Verfassungsschutz in der Vergangenheit auch wichtige Arbeit zur Gefahrenabwehr geleistet.

Der Verfassungsschutz kann aber nur dann erfolgreich arbeiten, wenn er das Vertrauen der Gesellschaft hat. Deshalb muss alles getan werden, dass das öffentliche und politische Vertrauen in die Institution Verfassungsschutz wieder hergestellt wird.

Dazu bedarf es einer grundlegenden inneren Reform des Amtes.

Verfassungsschutz durch Dialog und Aufklärung

Verfassungsschützer müssen geschulte Demokraten sein mit dem richtigen Gespür für die Gefahren, die unserer Demokratie durch Extremismus drohen. Gefragt sind Kompetenz und Wachsamkeit, um Radikalisierungstendenzen in Teilen unserer Gesellschaft frühzeitig zu erkennen. Hier hat sich ein deutliches Defizit der Verfassungsschutzbehörden gezeigt, dem mit einer besseren Personalauswahl, Personalschulung und Personalführung abzuhelpen ist.

Der Verfassungsschutz muss mit der Gesellschaft stärker in Dialog treten und ihr sein Fachwissen über extremistische Bestrebungen durch offensive Öffentlichkeitsarbeit nutzbar machen, um die gesamtgesellschaftliche Gegenwehr gegen Rechts effizient und zielgerichtet zu fördern.

»Nicht nur die Organisation des Verfassungsschutzes, sondern unsere gesamte Sicherheitsarchitektur muss auf den Prüfstand. Wer aber nur Aufbau und Strukturen ändert, greift zu kurz. Es geht viel mehr noch um Haltungen, die sich ändern müssen. Dabei ist klar: Ohne starke Kommunen und Bildung für alle wird der Kampf nicht gewonnen.«

Einsatz von V-Personen kontrollieren

Menschliche Quellen sind für den nachrichtendienstlichen Erkenntnisgewinn unverzichtbar, aber ihr Einsatz bedarf klarer rechtsstaatlicher Regelung. Dieser muss aus der rechtlichen und verwaltungsmäßigen „Grauzone“ dringend herausgeholt werden. Es müssen Rahmenbedingungen und Standards geschaffen werden, unter denen Einsätze von V-Leuten künftig erfolgen dürfen. Die gewonnenen Erkenntnisse müssen die Kosten für den Einsatz von V-Leuten rechtfertigen.

Michael Hartmann, MdB
Innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Den Informationsaustausch verbessern

Es bedarf einer massiven Stärkung der Zentralstellenfunktion des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV).

Verbessert und intensiviert werden muss auch der Informationsaustausch zwischen den Verfassungsschutzbehörden und den Ermittlungsbehörden des Bundes und der Länder. Eine sinnvolle und effektive Zusammenarbeit gilt es unter klarer Berücksichtigung des Trennungsgebotes durch geeignete Maßnahmen zu fördern.

Kontrollrechte der Parlamente stärken

Im Jahr 2009 hat die SPD eine grundlegende Reform der parlamentarischen Kontrolle der Geheimdienste durchgesetzt. Die parlamentarische Kontrolle der Landesverfassungsschutzämter kann auf Landesebene besser erfolgen. Gerade auf Bundesebene bedarf eine effizientere parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes einer ausreichenden professionellen Sach- und Personalausstattung.

Ja zum NPD-Verbot

Das NPD-Verbotsverfahren ist auf den Weg gebracht. Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt diesen längst überfälligen Schritt. Wir sind und bleiben der Überzeugung: Diese NPD gehört nicht in unser demokratisches Parteienspektrum. Die SPD-Bundesfraktion hat keinen Zweifel, dass die NPD eine aggressiv-kämpferische Grundhaltung gegenüber unserer demokratischen Grundordnung hat. Wir dürfen nicht länger zusehen, wie die NPD das System lächerlich und verächtlich macht, wie sie es ausnutzt und unterläuft, wie sie es aushebeln und schließlich abschaffen will. Das lange Zögern und Zaudern maßgeblicher Mitglieder der CDU/CSU-geführten Bundesregierung bei der Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die NPD war nicht hilfreich. Für ein Verbot dieser rassistischen, rechtsextremen Partei brauchen wir die politische Geschlossenheit aller Demokratinnen und Demokraten. Und nicht zuletzt sprechen sich knapp drei Viertel der Bevölkerung dafür aus, die NPD zu verbieten.

Auf rund 1000 Seiten haben die zuständigen Behörden aus Bund und Ländern 2.649 Beweise zusammengetragen, die die Verfassungswidrigkeit der NPD belegen sollen. Aus Reden, Aussagen, Zeitungsartikeln und Propagandamaterial. Eine Zusammenfassung dieser Materialsammlung listet zig Belege für die „aktiv-kämpferische, aggressive Grundhaltung“ der NPD auf.

Von den elf Präsidiumsmitgliedern der NPD waren sechs früher selbst in verbotenen Neonazi-Gruppierungen organisiert. Mindestens vier Mitglieder des Bundesvorstands unterhalten beste Kontakte zum „partiefreien“ Neonazi-Spektrum. Auch in den NPD-Landesverbänden tummeln sich zahlreiche ehemalige bzw. aktive Neonazis. Etliche Mandats- und Funktionsträger der NPD, selbst auf der Führungsebene, weisen ein erhebliches Strafregister auf. Die Bandbreite reicht von Propagandadelikten bis hin zur schweren Körperverletzung mit Landfriedensbruch.

Über Jahre hinweg konnten Funktionäre und Mitglieder der NPD ihre unsäglichen Tiraden öffentlich verbreiten. Da wird gefordert, Politiker am nächsten „Laternenpfahl aufzuhängen“, über die „verfaulte Republik“ bzw. die „Judenrepublik“ sowie „einseitigen Schuldskult“ schwadroniert, von „türkischer Landnahme“ gesprochen, auf die „biologischen Erbanlagen“ von „Angehörigen anderer Rassen“ verwiesen, die deshalb „körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper“ blieben, Wahlkampf mit einem „NPD-Quotenneger“ gemacht, eine klare Trennlinie „zwischen deutscher Abstammung und nicht-deutscher Abstammung“

»Ich begrüße den Vorstoß für ein Verbotsverfahren gegen die NPD außerordentlich. Es wird Zeit, dass dem Treiben dieser rechtsextremistischen, antidemokratischen und rassistischen Partei ein Ende gesetzt wird, zumal der Steuerzahler das auch noch mitfinanzieren muss.«

Christine Lambrecht, MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

gezogen. Und für einen Landesvorsitzenden gilt nach wie vor der Grundsatz: „Das Reich ist unser Ziel, die NPD unser Weg.“

Unverhohlen redet auch die Parteispitze in rechtsextremem Wortwahl. Der NPD-Bundesvorsitzende Holger Apfel wettet gegen das „liberal-kapitalistische System“, das keine Fehler habe, sondern der Fehler sei und überwunden werden müsse. Das Parlament nennt er – wie einst die Nationalsozialisten – eine „Schwatzbude“. Und vor Jahren hat er selbst zugege-

ben: „Jawohl, wir sind verfassungsfeindlich.“ Sein Stellvertreter Udo Pastörs betreibt übelste rassistische Hetze und schreckt auch vor verbaler Gewalt nicht zurück: „Wenn wir selbstbestimmt sagen, Europa ist das Land der weißen Rasse und soll es auch bleiben, dann haben wir ein Recht darauf, das notfalls mit militärischer Gewalt sicherzustellen.“ Oder: „Die NPD hat nichts anderes, als Auftrag, als Werkzeug zu sein (...) wir wollen den Maximalschaden dieses Parteienstaates.“ Wegen seiner hetzerischen Aussagen musste sich Pastörs mehrfach vor Gericht verantworten.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist die Vorstellung unerträglich, dass solche Hetze auch noch staatlich finanziert wird. Apfel und Pastörs stehen nämlich nicht nur an der Spitze der Rassisten-Partei, sie sind auch Vorsitzende der NPD-Landtagsfraktionen in Sachsen und in Mecklenburg-Vorpommern. Als solche genießen sie parlamentarische Immunität, ihnen stehen Diäten in doppelter Höhe zu, Dienstfahrzeuge und andere Arbeitsmittel. Die NPD-Fraktionen in den beiden Ländern kosten den Steuerzahler Jahr für Jahr mehrere Millionen Euro. Allein die Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern hat 2012 knapp 1,4 Millionen aus der Landeskasse bezogen. In dieser Höhe haben sich in den vergangenen Jahren auch die Gelder für die sächsische NPD-Fraktion belaufen. Ohnehin finanziert sich die Partei zu großen Teilen durch den Staat, rund 40 Prozent ihrer gesamten Einnahmen stammen aus staatlichen Töpfen.

Es ist für Demokratinnen und Demokraten ein nicht hinnehmbarer Zustand, dass diese rechtsextreme Partei mit Steuergeldern unterstützt werden muss. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist die Einleitung eines Partei-Verbotsverfahrens der einzig richtige Weg. Die NPD darf nicht mehr die Möglichkeit haben, ihre rassistische Propaganda in unseren Parlamenten zu verbreiten.

Im Falle eines Verbots durch das Bundesverfassungsgericht ist die NPD dann sofort illegal und wird abgewickelt. Alle Konten werden gesperrt, jedes Vermögen konfisziert. Die Partei verliert ihre gesamte Infrastruktur und die Finanzierung über ihre Mandatsträger in Landes- und Kommunalparlamenten. Der NPD ist auch jede Mandatsausübung untersagt. Sämtliche NPD-Abgeordnete und ihre Mitarbeiter müssen die Parlamente verlassen. Die NPD darf nicht mehr an Wahlen teilnehmen. Und ein Verbot der NPD gilt ebenfalls für etwaige Nachfolgeorganisationen.



Wir wissen, dass ein Verbot der NPD den Rechtsextremismus weder von der Straße noch aus den Köpfen verbannt. Aber das militante rechtsextreme Spektrum würde deutlich geschwächt. Die locker strukturierte neonazistische Kameradschaftsszene ist ohne das organisatorische Rückgrat der Kaderpartei NPD viel stärker zersplittert und dadurch auch in ihren Aktionsmöglichkeiten eingeschränkt.

Wo kann ich mich informieren, wo finde ich Hilfe?

Informationen (eine Auswahl)

www.bnr.de/

„blick nach rechts“: Informationsdienst mit tagesaktuellen Infos und Hintergründen zum Thema Rechtsextremismus.

www.endstation-rechts.de/

„Endstation Rechts“: Informationsdienst mit tagesaktuellen Infos und Hintergründen zum Thema Rechtsextremismus.

www.netz-gegen-nazis.de/

„Netz gegen Nazis“ mit einem Lexikon zum Rechtsextremismus, aktuellen Berichten und einer täglichen Presseschau.

blog.zeit.de/stoerungsmelder/

Blog zum Thema Rechtsextremismus, unter anderem von „Zeit Online“.

www.publikative.org/

Hervorgegangen aus dem Watchblog npd-blog.info – mit Berichten (nicht nur) über die NPD.

www.blog.schattenbericht.de/

Aktuelle Recherchen und Hintergründe über die extreme Rechte in Berlin.

www.aida-archiv.de/

Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München mit aktuellen Berichten und Hintergründen zur extremen Rechten in Bayern.

www.apabiz.de/

Das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin informiert seit 1991 über Entwicklungen der extremen Rechten.

www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/

Informationsangebot der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema Rechtsextremismus.

www.dasversteckspiel.de/

Informationen zum „Lifestyle“, zu Symbolen und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen.

www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/

Umfangreiches Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung zum Rechtsextremismus.

www.verfassungsschutz.de/

Internetpräsenz des Bundesamtes für Verfassungsschutz mit den Jahresberichten der Behörde, weiteren Publikationen sowie Links zu den Landesbehörden für Verfassungsschutz.

Beratung (eine Auswahl)

www.respectabel.de/ger/start/index.php

Das Berliner Jugendprogramm „respectABEL“ fördert Jugendbeteiligung, Vielfalt und Toleranz gegen Ausgrenzung, Gewalt und Rechtsextremismus.

Telefon: (030) 70 72 85 29

www.miteinander-ev.de/

Der Verein „Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt“ organisiert regionale Beratungsteams gegen Rechtsextremismus sowie eine Beratung für Opfer rechter Gewalt.

Telefon: (0391) 620 77-3

www.mbr-berlin.de/

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin.

Telefon: (030) 240 45 430

www.arug.de/

„Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt“: Beratung, Prävention, Recherche in Niedersachsen.

Telefon: (0531) 123 36 - 42

www.opferperspektive.de/

Der in Potsdam ansässige Verein Opferperspektive setzt sich für Opfer rechter Gewalt ein.

Telefon: (0331) 817 00 00

www.lobbi-mv.de/

Die LOBBI: „Landesweite Opferberatung – Beistand und Information für Betroffene rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern“.

Telefon: LOBBI West: (0381) 200 93 77; LOBBI Ost (0395) 45 50 718

www.mobile-opferberatung.de/

Opferberatung in Sachsen-Anhalt.

Telefon: (0391) 5446710

www.reachoutberlin.de/

ReachOut – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Berlin.

Telefon: (030) 695 68 339

www.backup-nrw.org/

Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt in Westfalen.

Telefon: 0172 10 454 32

www.opferberatung-rheinland.de/

Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt im westlichen Teil von NRW.

Telefon: (0211) 15 92 55 64

www.raa-sachsen.de/

Beratung für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt in Sachsen.

Telefon: Dresden (0351) 88 9 41 74, Leipzig (0341) 2 61 86 47, Chemnitz (0371) 4 81 94 51

www.adf-saar.de/b_o_d_r_g.htm

Beratungsstelle für Opfer von Diskriminierung und rechter Gewalt im Saarland.

Telefon: (0681) 50 150 30

www.demokratie-mv.de/aktuelles/index.html

Regionalzentren für demokratische Kultur Westmecklenburg und Vorpommern-Greifswald.

Telefon: (03991) 66 96 0

www.mobim.info/

Mobile Beratung im Münsterland.

Telefon: (0251) 492 71 09

www.gewaltakademie.de/gaeste/html/mobile_beratung_rex.html
Mobile Beratung im Regierungsbezirk Arnsberg.
Telefon: (02304) 755 190

www.ake-bildungswerk.de/Beratungsnetzwerke
Mobile Beratung in Ostwestfalen.
Telefon: (05733) 8 71 29 04

www.wuppertaler-initiative.de/mobile-beratung-nrw
Mobile Beratung im Regierungsbezirk Düsseldorf.
Telefon: (0202) 563 27 59

www.mbr-koeln.de/
Mobile Beratung im Regierungsbezirk Köln.
Telefon: (0221) 221 27 162

www.beratungsnetzwerk-rlp.de/startseite/index.html
Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz.
Telefon: (06131) 967 185

Initiativen (eine Auswahl)

www.aktioncourage.org/
„Aktion Courage e.V.“ fordert und fördert die gesellschaftliche Teilhabe und politische Mitbestimmung von Menschen nichtdeutscher Herkunft.
Telefon: (030) 21 45 86 0

www.amadeu-antonio-stiftung.de/start/
Die „Amadeu Antonio Stiftung“ will die demokratische Zivilgesellschaft stärken, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet; in Deutschland hat sie über 580 lokale Initiativen und Projekte in den Bereichen demokratische Jugendkultur, Schule, Opferschutz und Opferhilfe, kommunale Netzwerke sowie Hilfsangebote für Aussteiger aus der Naziszene unterstützt.
Telefon: (030) 240 886 10

www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/
„Mut gegen rechte Gewalt – Das Portal gegen Neonazis“: Online-Projekt des Magazins „Stern“ und der „Amadeu Antonio Stiftung“.

www.no-nazi.net/
Projekt der „Amadeu Antonio Stiftung“, das sich speziell an Jugendliche wendet; Thema sind rechtsextreme Inhalte im Internet und in sozialen Netzwerken.
Telefon: (030) 240 886 24

www.exit-deutschland.de/
„EXIT Deutschland“ seit Sommer 2000 für Aussteiger aus der rechtsradikalen Szene.
Telefon: (03212) 17 45 890

www.gegen-vergessen.de/
Ziel des gemeinnützigen Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ ist die Stärkung der Demokratie in Deutschland, unter anderem durch die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen.
Telefon: (030) 26 39 783

www.gelbehand.de/
Der von DGB-Gewerkschaften getragene Verein „Mach meinen Kumpel nicht an“ tritt für gleiche Rechte für alle ein; die „Gelbe Hand“ wurde im Laufe der Jahre immer mehr zum übergreifenden Symbol gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, für Gleichberechtigung und Chancengleichheit, für ein interkulturelles Miteinander.
Telefon: (0211) 43 01 193

www.gesichtzeigen.de/

Der bundesweit arbeitende Verein „Gesicht Zeigen!“ ermutigt Menschen, aktiv zu werden gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und rechtsextreme Gewalt.

Telefon: (030) 3030 8080

www.jugendschutz.net/

Seit 1998 beschäftigt sich jugendschutz.net mit den Aktivitäten Rechtsextremer im Internet, entzieht unzulässigen Angeboten die Plattform und erarbeitet medienpädagogische Handreichungen, um Hass-Propaganda zu entlarven und Zivilcourage im Netz zu fördern.

www.netzwerk-courage.de/

Das Netzwerk für Demokratie und Courage setzt in elf Bundesländern demokratiefördernde Bildungsarbeit an Schulen und Ausbildungseinrichtungen um.

Telefon: (0351) 48 100 60

www.schule-ohne-rassismus.org/

Bei der Initiative „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ machen bereits mehr als 1000 Schulen mit.

Telefon: (030) 21 45 86 0

Lesetipps

Oliver Decker/Elmar Brähler:

Die Mitte im Umbruch: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012

142 Seiten, Berlin 2012

Oliver Decker/Marlise Weißmann/Johannes Kiess/Elmar Brähler:

Die Mitte in der Krise: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010

176 Seiten, Berlin 2010

Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster:

Strategien der extremen Rechten: Hintergründe - Analysen - Antworten

VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2009, 684 Seiten

Holger Kulick/Toralf Staud:

Das Buch gegen Nazis: Rechtsextremismus - was man wissen muss und wie man sich wehren kann

Köln 2012 (3. Aufl.), KiWi-Paperback, 304 Seiten

Fabian Virchow/Christian Dornbusch:

88 Fragen und Antworten zur NPD - Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei - und was Demokraten dagegen tun können [Taschenbuch]

Schwalbach 2007, Wochenschau-Verlag, 336 Seiten

Olaf Sundermeyer:

Rechter Terror in Deutschland - Eine Geschichte der Gewalt

München 2012, Beck-Verlag 2012, 271 Seiten

Patrick Gensing:

Terror von rechts: Die Nazi-Morde und das Versagen der Politik

Berlin 2012, Verlag Rotbuch, 240 Seiten

Maik Baumgärtner/Marcus Böttcher:

Das Zwickauer Terror-Trio - Ereignisse, Szene, Hintergründe

Berlin 2012, Das Neue Berlin, 256 Seiten

Toralf Staud/Johannes Radke:

Neue Nazis - Jenseits der NPD: Populisten, Autonome Nationalisten und der Terror von rechts

Köln 2012, KiWi-Paperback, 272 Seiten

Wolfgang Benz/Thomas Pfeiffer:

„Wir oder Scharia“? Islamfeindliche Kampagnen im Rechtsextremismus - Analysen und Projekte zur Prävention

Schwalbach 2011, Wochenschau-Verlag, 191 Seiten

Jan Schedler/Alexander Häusler:

Autonome Nationalisten - Neonazismus in Bewegung

Wiesbaden 2011, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 332 Seiten

Frank Decker:

Populismus - Gefahr für die Demokratie oder Nützliches Korrektiv?

Wiesbaden 2012, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 256 Seiten

Alexander Häusler:

Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“ - Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien

Wiesbaden 2008, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 292 Seiten

Stefan Glaser/Thomas Pfeiffer:

Erlebniswelt Rechtsextremismus: Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe - Methoden - Praxis der Prävention

Schwalbach 2007, Wochenschau-Verlag, 238 Seiten

Christian Dornbusch/Jan Raabe:

RechtsRock

Münster 2006, Unrast-Verlag, 540 Seiten

Thomas Kuban:

Blut muss fließen: Undercover unter Nazis

Frankfurt 2012, Campus Verlag, 317 Seiten

Ronny Blaschke:

Angriff von Rechtsaußen: Wie Neonazis den Fußball missbrauchen

Göttingen 2011, Verlag Die Werkstatt, 224 Seiten

Andrea Röpke/Andreas Speit:

Mädelsache! Frauen in der Neonazi-Szene

Berlin 2011, Ch. Links Verlag, 200 Seiten

Andrea Röpke/Andreas Speit:

Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft

Berlin 2009 (3. Auflage), Ch. Links Verlag, 224 Seiten

.....

